

halb wöch. Bezugspreis: für Januar 3.— M. einschl. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die Igep. Postzelle 30 J. Stellengebühr 20 J. Die Postkramgefele. 80 Millimeter breit, 1 M. Postkramgebühr für Selbstholzer 20 J. bei Überwendung durch die Post außerdem Postkram. Einzel-Nr. 10 J. Sonntags-Nr. 15 J. Geschäftlicher Teil: Josef Klemm, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Wirtschaftsstelle, Druck und Verlag: Saxonie-
buchdruckerl. Buchdruckerei, Dresden-M. 16, Hohestraße 60.
Geraut 32722. Postdirektion Dresden 14707.
Bankomat: Bahnamt & Brücke, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-M. 16, Hohestraße 46, Geraut 32722
und 32723.

Die Finanzlage Sachsen

Etatzahlen sind nicht jedermann's Sache. Vielfach aber gelten sie — ob der Einzelne sie kennt oder nicht — als die Sündenböde für alle Uebel der Vergangenheit und der Gegenwart. Etatzahlen waren die Quelle der Inflation. Etatzahlen sind die Ursachen der jetzigen Wirtschaftskrise. Sie sind verhaft beim Steuerzahler, der sich allerdings nur selten um Etat kümmert, weil er froh ist, wenn er die vorbildlich unklaren Formulare der Steuerbehörde ausgeschafft hat. Sie sind aber auch in gleicher Weise unbekannt beim Diener des Staates, beim Beamten, weil dieser am deutlichsten die Unzulänglichkeit dieser äußerlich sehr hohen Zahlen spürt. Und doch muß jede Kritik an der Führung der Staatsgeschäfte, sofern sie eine wirtschaftlich-finanzielle Seite hat, entweder vom Etat ausgehen oder ihre Auswirkungen auf den Etat zurückstrahlen. Und wenn auch den Ländern in den letzten Jahren die Finanzschwäche in weltestem Umfang genommen und dem Reich übertragen worden ist, so ist doch der Bereich der Probleme, die die Finanzwirtschaft der Länder angehen, kaum geringer geworden. Einzelne Bergruppen werden es bezeugen, daß gerade heute, da sich in der Wirtschaft Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten häufen, Landessteuern neben den Reichsteuern außerordentlich belastend empfunden werden können. Schließlich muß der Forderung höchster Sparmaßnahmen auch vom kleinsten öffentlichen Haushalt peinlichst nachgekommen werden, wenn sie für das große Ganze einen Sinn haben soll.

Es ist ein Zeichen der wiedergekehrten Ordnung, daß in Sachsen der Vorschlag für das Rechnungsjahr 1926, das erst mit dem Monat April beginnt, bereits jetzt vom Kabinett verabschiedet und an den Landtag gegeben worden ist. Bedeutamer aber ist die Tatsache, daß in einer außergewöhnlich kritischen Zeit die sächsische Finanzwirtschaft mit dem neuen Etat eine bedeutende Wendung zum Besseren aufweist. Zum ersten Mal seit Jahren weist der Zuschußbedarf des Staatshaushaltplanes einen nicht unbeträchtlichen Rückgang um etwas mehr als 13 Millionen Mark auf, und zwar von 220 250 000 Mark im laufenden Rechnungsjahr 1925 auf 207 070 000 Mark 1926. Bei diesen Zahlen bleibt zu bedenken, daß für den neuen Etat die im Vorjahr vorgenommene Erhöhung der Beamtenbezüge erst voll zur Auswirkung kommen wird, und eine weitere Erhöhung des Wohnungsgeldes in Rechnung gestellt werden mußte.

Jedenfalls bedeuten diese Zahlen — die vorläufig allerdings nur auf dem Papier stehen — eine ganz beachtliche Ersparung. Diese ist bekanntlich bei der Stärke und Beharrlichkeit eines öffentlichen Verwaltungskörpers keine leichte Sache. Der Beamtenabbau hat die an ihn geknüpften Hoffnungen kaum erfüllt. Die Pensionsosten, die einmal zum beträchtlichen Teil auf Kriegsverluste zurückgehen, die des weiteren auch durch den sogenannten Abbau um 7 Millionen angewachsen sind, weisen mit 44,5 Millionen Mark einen Höchststand auf, der nach Meinung des Finanzministers in den nächsten Jahren sich wieder verringern dürfte. Gleichwohl will diese Zahl, mehr als ein Fünftel des ganzen Zuschußbedarfs für Pensionen, viel besagen. Sind das doch etwa drei Viertel des gesamten Einkommensteueraufkommens in Sachsen im letzten Friedensjahr. Wenn aber trotzdem eine beachtliche Herabminderung des Zuschußbedarfes herauspringt, so darf man es den verantwortlichen Stellen glauben, daß sie mit Zielfestigkeit und Klarheit zu Werke gegangen sind und eine mühevole Arbeit erledigt haben.

Zum ersten Male konnte im neuen Etat die bisher ständig steigende Zahl der Beamten gegen 1925 um 88 heruntergesetzt werden, obwohl auf manchen Gebieten ein Zugang an planmäßigen Beamten unvermeidlich war, so z. B. an den höheren Schulen infolge des anhaltend starken Andrangs an neuen Schülern sowie bei den Heil- und Pflegeanstalten mit ihren gegen das Vorjahr stark steigenden Versiegeltziffern. Die Herabminderung der Beamtenstellen ist jedoch durch Richtwidderbeziehung entbehrlicher Maßnahmen erreicht worden. Auf diesem organischen Wege des Abbaues will man auch in Zukunft fortfahren, um durch strenge Prüfung der Entbehrlichkeit jeder vorhandenen Beamtenstellen Ersparnisse zu erzielen, die sich von Jahr zu Jahr in steigendem Maße auswirken werden. Dabei ist Vorsorge getroffen, daß der Stellenabbau so vorgenommen wird, daß die Beförderungsverhältnisse der Beamten nicht verschlechtert werden.

Gespart hat man insbesondere auch durch Einschränkung der sächsischen Ausgaben, die man auf das Allernotwendigste beschränkte. Während man bei allen Ministerien eine Veränderung des Zuschußbedarfes erzielte, hat man der steigenden Erwerbslosigkeit durch Erhöhung des für die produktive Erwerbslosenfürsorge bestimmten Betrages Rechnung zu tragen gesucht. Ob man jedoch mit den relativ sehr bescheidenen Mitteln für diesen Zweck dem wachsenden Übel der Erwerbslosigkeit auch nur einigermaßen fühl-

Mittwoch, 13. Januar 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadensersatz. Für undeutl. u. d. Fern- ruf übermittl. Anzeigen übernehmen wir keine Ver- antwortung. Unterlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht verfehnte Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptschriftleiter: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Heute abend Entscheidung

Vor der endgültigen Stellungnahme der Parteien

Berlin, 12. Januar,

Unsere Berliner Schriftleitung drückt uns über die Lage: Wenn auch der Reichspräsident von Hindenburg den für die Bildung der Großen Koalition in Frage kommenden Parteien eine Frist bis Donnerstagvormittag gesetzt hat, wird die eigentliche Entscheidung doch heute abend schon fallen müssen, wenn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihren Beschluss fassen wird. Ob der heute vormittag liegende Fraktionsvorstand durch einen besonderen Vorschlag die Stellungnahme der Fraktion beeinflussen kann, darf zweifelhaft erscheinen, denn nach den jüngsten hier vorliegenden Nachrichten halten sich Freunde und Gegner der Großen Koalition ziemlich die Wage, sofern nicht die Sympathien für die Große Koalition augenscheinlich etwas überwiegen. Wenn die Sozialdemokraten heute abend ihre prinzipielle Bereitschaft zum Eintritt in die Regierung erklären werden, dann steht allerdings auf Grund des Hindenburgschen Ultimatums für die interfraktionelle Verhandlung nur eine verhältnismäßig kurze Zeit zur Verfügung. Die schwere Aufgabe der entscheidenden Verhandlung wird dem Kanzlerkandidaten zufallen, den der Reichspräsident am Donnerstag mit der Bildung der Regierung betrauen wird.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstages, die um 3 Uhr ihren Anfang nimmt, wird nur kurze Zeit dauern, da sich um 5 Uhr bereits die Fraktionen versammeln wollen. Es folgen noch dem Plenum die Fraktion der Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten.

Bei den Bemühungen um die Herstellung der Großen Koalition richtet sich die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Sozialdemokratische Partei, deren Parteivorsitzend gestern zusammengetreten ist. Heute abend tagt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Aus der Partei selbst liegen einander vollversprechende Meinungsäußerungen vor. Der preußische Ministerpräsident Braun tritt in einem dem „Berl. Tagebl.“ gewidmeten Interview entschlossen für die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Reichsregierung ein. Er erklärte, die Sozialdemokratische Partei würde vieles tun können, um die Aussichtungen der herrschenden fünfjährigen Wirtschaftskrise erheblich zu mildern. Es könnte jetzt alles darauf an, daß die vier Parteien, die die Große Koalition bilden müßten, von dem ernsten Willen bestellt seien, unter zeitweiser Zusicherung eigener Grundsätze und Forderungen das zu tun, was die schwierige politische und wirtschaftliche Lage des Volkes erheischt. Deshalb müsse die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung an der Reichsregierung mit übernehmen.

Anderer Meinung ist der „Vorwärts“. Er schreibt: Eine entschlossene republikanisch geführte, den sozialen Forderungen der arbeitenden Massen entgegenkommende bürger-

liche Partei oder Parteigruppierung, mit der die Sozialdemokratie eine Mehrheit bilden könnte, besteht nicht. Solange sie nicht besteht, bleibt jede Koalition bestenfalls nur ein Nutzungsmitel in höchster Not oder eine Verlegenheitslösung. Die entscheidende Frage bleibt, ob es zuzeit möglich ist, eine stabile Mehrheit zu schaffen und in ihr volkstheorie Arbeitforderungen durchzusetzen. Aus diesen Gesichtspunkten werde auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Entscheidung treffen.

Ebenso bedeutsam ist natürlich die Haltung der Deutschen Volkspartei. Wie die „B.Z.“ wissen will, besteht in volksparteilichen Kreisen keine prinzipielle Abneigung gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten. Es sei denn, daß als Voraussetzung der Koalition derartige Forderungen aufgestellt werden, auf die die Volkspartei sich nicht auf lange Zeit verpflichten zu können glaubt. Aehnlich formuliert die „Tägliche Rundschau“: Beschwören die Sozialdemokraten ihr etwas Ja mit der Last ihrer damaligen (d. h. im Dezember gemachten) Voraussetzungen, so sprechen sie ein Nein aus. Notwendig ist eine sozialdemokratische Entscheidung dahin, ob die Sozialdemokratische Partei die Verantwortung ebenso wie die anderen Parteien ohne vor teilhafte Voraussetzungen übernehmen will, allein in der Absicht, eine soziale Regierungspolitik zu betreiben.

Der Reichspräsident empfing gestern nachmittag 5 Uhr die Abgeordneten Fehrenbach (Zentrum) und Koch (Demokrat) zu einer Befragung über die Frage der Regierungsbildung. Hierbei legte der Reichspräsident dar, daß er trotz gewisser Bedenken seine Zustimmung über die Vereinigung einer bestimmten Periode nicht mit der Regierungsbildung aufgelegt habe, um die beiden Parteien, die auch nach dem Scheitern des Versuchs des Abgeordneten Koch noch nicht alle Möglichkeiten für die Schaffung der Großen Koalition erschöpft hätten, und erneute Verhandlungen einzutreten. Er müsse aber nunmehr dringend bitten, mit aller Beschleunigung eine endgültige Klärung darüber herbeizuführen, ob eine konkrete Möglichkeit der Schaffung der Großen Koalition vorliege. Eine weitere Verzögerung durch Wiederholung von programmatischen Erklärungen der Parteien erscheine ihm nicht vertretbar. Deshalb bitte er, es spätestens Donnerstagvormittag ihm das Ergebnis der zwölftenparteilichen Verhandlungen mitzutunellen. — Die Abgeordneten Fehrenbach und Koch antworteten überaus stimmend, daß sie den Ausführungen des Herrn Reichspräsidenten über die Dringlichkeit der Regierungsbildung beitreten und daher alles zur Beschleunigung der Klärung Notwendige veranlassen würden. Siestellten die Mitteilung über das Ergebnis der Verhandlungen für spätestens Donnerstagvormittag in Aussicht.

Am Abend hatten Fehrenbach und Koch eine Unterredung mit dem sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden Hermann Müller, der auf die Vorstellungen der beiden Abgeordneten erwiderte, er könne vor der heutigen Fraktionsitzung keine Erklärungen abgeben.

bar zu begegnen in der Lage sein wird, scheint mehr als zweifelhaft. Wenn nicht alles trügt, werden wir in absehbarer Zeit mit einer stärkeren Erwerbslosigkeit als etwa im Durchschnitt des vergangenen Jahres zu rechnen haben. Dann aber dürfte sehr bald die Frage einer produktiven Erwerbslosenfürsorge wieder im Brennpunkt der Diskussion stehen. Was z. B. beim Staatsstrafenprojekt möglich ist — die Herstellung hochwertiger Drälagen auf unseren Staatsstrafen, die den gestiegenen Anforderungen des Verkehrs genügen, auf Konto des aherordentlichen Staats (nur die Beträge für Zinsen und Amortisation sind ab 1926 in den ordentlichen Etat eingefügt) — das sollte auf anderen Gebieten ebenso möglich sein. Wenn es auch vielleicht politisch richtig ist, die Kosten dieses unbedingt nötigen Ausbauprogramms nicht in den Jahren der Not durch Steuer-Erhöhungen zu decken, so darf man doch nicht übersehen, daß es sich beim Strafenbau im Grunde nicht um ein rentetragendes Anlagevermögen handelt. Diese Deckung aus dem außerordentlichen Etat widerspricht also einem grundsätzlichen finanzwissenschaftlichen Deckungsgrundfahrt. Und es gibt wirtschaftliche Notwendigkeiten, die dem sehr aktuellen Verkehrsproblem in keiner Weise nachstehen, sondern mindestens ebenso gebietet nach Lösung schreien, ohne daß ohne außerordentliche staatliche Maßnahmen (d. h. Notmaßnahmen, die zweifellos kein Ideal zu sein brauchen) ein Ausweg in absehbarer Zeit abzuzeichnen wäre. Es sei nur an die traurige Lage der Wohnungswirtschaft erinnert. Hier handelt es sich zweifellos um rententragende Kapitalanlagen. Die Baulande der Mietzinssteuer drohen eher geringer denn größer zu werden, d. h. aber die Arbeitslosigkeit noch zu vermehren. Sollten nicht hier endlich einmal auch die Möglichkeiten der außerordentlichen Mittelbeschaffung des Staates restlos ausgeschöpft werden? Gibt es trotz der hohen Zinssätze nicht Mittel und Wege (wenn auch steinig), um auf dem Wege über den Wohnungsbau die kriselnde Wirtschaft anzukurbeln und der Erwerbslosigkeit energetischer

auf den Leib zu rücken? Selbst jene ängstlichen Hausbesitzer, die in jeder staatlichen aus der Notlage geborenen Einmischung sozialistische Experimente wittern, sollten bedenken, daß der Staat erst dann ein Interesse an der wirtschaftlich richtigen und notwendigen Rentabilität des Hauses besitzt, wenn er selbst beträchtliche wirtschaftliche Werte auf diesem Gebiet investiert hätte. Jedenfalls scheint uns auf diesem Gebiet der Optimismus des Finanzministers in bezug auf die Wirtschaftslage zu passen. Es ist noch sehr die Frage, ob man mit dem Schlagwort von der „Reinigungskrise“ noch lange den Kern der Sache treffen wird. Dann nämlich, wenn sich die liberalistische Theorie von der Selbstkorrektur und Selbstheilung der Wirtschaft etwa als stark verzerrt und überlebt erweisen sollte. Zumindest müßte man schon heute praktische aktive Notnahmemaßnahmen, die das Übel nicht nur im Zonne zu halten, sondern gegebenenfalls auszurotten vermögen, bereit haben für den doch durchaus möglichen Fall, doch die Wirtschaftspessimisten recht behalten.

Die sächsischen Finanzen erscheinen aber noch in anderer Hinsicht in nicht weniger rosigem Lichte. Man erwartet für 1926 eine Erhöhung der Einnahmen um etwa 25 Millionen Mark. Das wäre an sich eine traurige Freude für Wirtschaft und Steuerzahler, wenn das die Folge eines neuen Anziehens der Steuer-Tourenschraube wäre. Glücklicherweise liegen die Dinge wesentlich günstiger. Der Mehrtreffer ist zurückzuführen auf zwei den Steuerzahler weniger berührende Momente: Einer auf einen Erfolg des Finanzministers Dr. Reinhold bei den jüngsten Auseinandersetzungen über den Finanzausgleich. Sachsen als Industrieland war durch den bisherigen Verteilungsschlüssel, der das örtliche Steueraufkommen völlig unberücksichtigt ließ, stark benachteiligt. Es durfte in gewissem Sinne Steuern für andere „ärmere“ Länder aufbringen. Jetzt hat man endlich durchgeföhrt, daß vom April 1926 ab bei der Einkommens- und Körperchaftsteuer, sowie der Umsatzsteuer wenigstens teilweise das örtliche Aufkommen berücksichtigt wird.

Zimmer wieder dasselbe

Doch das Zentrum eine hochbedeutende Stellung innerhalb des politischen Lebens Deutschlands hat, ist eine allzu bekannte Tatsache. Es hat ja die Aufgabe, die konstante innen- und außenpolitische Linie zu wahren und die radikalen Gruppen der Rechts- und Linksparteien auf das exträgliche Maß herabzudrücken. Ganz natürlich und endgültig zieht sich die Partei der Mitte durch diese wichtige Stellung fortwährend den Hoh der Linken und Rechtsgänger zu. Daraus ist gar nichts zu verwundern. Das war immer so, und wird auch in Zukunft so bleiben. Die Zentrumspresse ist so sehr davon gewöhnt, daß sie die Ausbrüche der gegnerischen Zeitungen als einen Beitrag zur Gesichtslosigkeit des behaupteten Humors betrachtet. Zu verwundern ist einzigt und allein, daß die Abapreß selbst nie zur Erkenntnis kommt, wie lächerlich ihr Ton sich in der Offenlichkeit ausstellt.

Freilich hört auch diese Verwunderung auf, wenn man bedenkt, daß ja schließlich der Gebrauch der Vernunft in einem rodaulustigen Kopf nie zur Entfaltung kommen kann.

Einnmal nun ist es das Zentrum als solches, das angegriffen wird, zum anderen sind es hervorragendste Vertreter der Partei. Das wechselt alles periodisch ab, und man kann auf Grund der Beobachtung ungeahnt voraussehen, wann der nächste „Ausblick des Journals“ erfolgt. Augenblicklich ist es beispielweise wieder der ehemalige Reichskanzler Marx, der bei den „Leipziger Neuesten“ Abergernis erregt hat. Man macht daraus einen ganzen Heftartikel, läßt das Genser Stelljäger-Märchen in alter Form noch einmal auf, redet von stromenden Verstellungen und Rosenkränzen und kommt zum „Ergebnis“, daß es wohl kaum einen politisch verblümten Menschen geben kann. Da die ganze Angelegenheit längst widerlegt ist, erübrigst sich natürlich jede Erörterung. Morgen taucht vielleicht schon wieder ein neuer Artikel in irgendeinem anderen Blatt auf, der's auf einen anderen Zentrumsmann abgesetzt hat. Und übermorgen ein weiterer. Einnmal von links, einmal von rechts. Das aber ist uns der beste Beweis dafür, daß wir in der Mitte stehen und eine konstante Linie verfolgen dürfen, die von keinem Radikalismus irgendwie aus der Welt geschafft werden kann.

tigt wird. Davon erhofft man allein 20 Millionen Mark Mehreinzug.

Der Rest der Einnahmeerhöhung entfällt auf die weibenden Staatsbetriebe. Der Kampf, der von gewisser parteipolitisch interessierter Seite gerade gegen diese von Dr. Reinhold besonders gepflegte Position geführt wird, ist hinlänglich bekannt. Ihm wird die wesentliche Erhöhung der Ruhungen etwas Wind aus den Segeln nehmen. Denn 5 Millionen Steuern mehr oder weniger machen immerhin schon etwas aus. So reichen beispielweise die Erträge der staatlichen Wasserwirtschaft, die jetzt Renten abzuwerfen beginnt, nahezu hin, um sämtliche Minister, Ministerialdirektoren und Ministerialräte zu besolden! Uebrigens ist es auch nötig zu betonen, daß die weibenden Staatsbetriebe nicht, wie oft angenommen, mit dem Gelde der Steuerzahler ins Leben gerufen worden sind, sondern auf dem gleichen Wege der Kreditbeschaffung, der auch der Privatwirtschaft dient. In Frage steht für eine sachliche Kritik schließlich immer nur das „Wie“ der Wirtschaftsführung. Und entscheiden wird der Erfolg!

Es ist auf jeden Fall erfreulich, daß der sächsische Haushalt für die kommende Wirtschaftsperiode in Einnahmen und Ausgaben sich auszugleichen verspricht, ohne daß die Steueraufschraube hätte erneut angezogen werden müssen. Ob die tatsächliche Entwicklung das Versprechen einlösen wird, hängt freilich noch von einer Reihe von Faktoren ab, die sich planmäßig nicht festlegen lassen. Vor allen Dingen von der Entwicklung der augenblicklichen „Reinigungskrise“. Das Land Sachsen bemüht sich um den Ruf der Sparsamkeit. Wie es scheint, nicht ganz ohne Erfolg. Die Bilanz auf dem Papier ist in Ordnung. Schulden sind so gut wie nicht vorhanden. Also wenigstens eine Unternehmung von nahezu fünf Millionen Teilhabern, die es verhältnismäßig gut geht. Wenn es die Wirtschaft und der Einzelne auch so weit gebracht haben werden, dann darf man wohl sagen, wir sind über den Berg. Vorläufig aber ist es noch lange nicht so weit. Und trotz aller Ordnung, die Herzen der Steuerzahler wird auch dieser Finanzminister nie erobern.

M. D.

Zur Fürstenabfindung

Massenversammlung in Frankfurt a. M.
Der Hall Everling.

Berlin, 12. Januar.

Eine von etwa 6000 Personen besuchte Versammlung in Frankfurt a. M., die von den republikanischen Parteien veranstaltet worden war, protestierte am Sonntag gegen die Abfindungsforderungen der ehemaligen Fürsten. Für das Zentrum sprach als erster Redakteur Dr. Thoma in Frankfurt. Er bezeichnete die Forderungen der ehemaligen Fürsten als eine Ungeheuerlichkeit, die im besonderen Maße geeignet sei, dem Volke endlich die Augen zu öffnen. Die Kundgebung gegen diesen Übergriff müsse den Anfang für die große republikanische Selbstbehauptung bilden. In dieser Frage muß jeder Weg beschritten werden, wenn es nicht anders geht, der des Volksentscheides. — Der Führer der Landtagsfraktion der Demokratischen Partei Thüringens Prof. Max Krämer wies darauf hin, daß in Thüringen 25 Fürstenprozeesse schwelen und daß im legten Etat für die Durchführung dieser Prozeesse 1 Million Mark eingeplant werden müssten. Wenn man die Frage der Fürstenabfindung gerecht regeln will, dann muß man sich vor Augen halten, wie das arme deutsche Volk abgefunden worden ist und wie es auch in dieser Sache abgefunden werden soll. Die Republikaner erwarten vom Deutschen Reichstag, daß er diesen unmündigen Prozeessen ein Ende mache.

Für die Sozialdemokratie sprach der Reichstagspräsident Löbe, der im wesentlichen ausschloß: Wenn die Fürsten den Weg des Zivilprozesses beschreiten wollen, um ihre Geld zu retten, so scheinen sie die Hoffnung auf die Wiederkehr der Monarchie endgültig aufgegeben zu haben. Der Kaiser sage sich offenbar: Kann ich Krone und Szepter nicht mehr tragen, dann will ich meinen Untertanen wenigstens soviel abnehmen, daß sie unglücklicher leben müssen. Wer den opferwilligen Patriotismus der prozeßführenden Fürstengeschlechter betrachte, müsse sagen: Das ganze Vermögen gehört dem Volke. Das

Briands Stellung gefährdet?

Die Beschlüsse der Sozialisten

Paris, 12. Januar.

Der sozialistische Nationalkongress ist heute Nacht um 15.12 Uhr zu Ende gegangen. Der Antrag, der gegen die Teilnahme an der Regierung gerichtet ist, vereinigte 1700 Stimmen auf sich, während der Antrag Renard, der sich für eine Teilnahme auspricht, 1331 Stimmen erreichte. 7 Delegierte enthielten sich der Abstimmung.

Der Antrag gegen die Teilnahme an der Regierung geht davon aus, daß die Sozialistische Partei an die Möglichkeit einer wichtigen Annäherung glaubt. Die Partei erklärt sich nach dem Antag bereit, die Unterstützungspolitik gegenüber jeder Regierung wieder aufzunehmen, die entschlossen ist, die finanziellen Überstände zu brechen. Wenn die Partei sich kategorisch weigert, ihre Vertreter in ein Kabinett, das von einer anderen Partei gebildet ist, zu entsenden, so will sie sich damit nicht der direkten Verantwortung entziehen. Sie ist deshalb bereit, allein oder mit Unterstützung der anderen Linksparteien eine Regierung zu bilden.

Der Antrag Renard fordert, daß der Partei wichtige Ministerien zugestellt werden. Eine Regierung aus Sozialisten und anderen Linksparteien hat vor allem die Sozialversicherung und die Verhinderung der Militärdienstpflicht durchzuführen, sowie den Frieden in Syrien und in Marokko in kürzester Zeit wieder herzustellen. Die Sozialistische Partei soll ihre Vertreter nur für die Zeit, die zur Verwirklichung dieses Programms nötig ist, in eine gemeinsame Regierung entsenden.

Die Frankensälfchungen

Paris, 12. Januar. Der französische Gesandte in Budapest, der vor einigen Tagen in Paris eingetroffen war, ist gestern abend nach Budapest zurückgekehrt. Beide, dem Gesandten beigeblieben, hat in einer Interviewung mit dem ungarischen Gesandten in Paris die Absicht vertreten, daß die Fällungen einen politischen Hintergrund hätten und deshalb im Interesse des guten Einvernehmens vollständig aufgelöst werden müssen.

Das Preisabbaugefäß

Vor dem Reichswirtschaftsrat

Im Reichswirtschaftsrat haben in den letzten Tagen Beratungen über den völkerrechtlichen Geschäftsbereich zur Förderung des Preisabbaus stattgefunden. Dieser Entwurf besteht aus vier Artikeln. Artikel 1 sieht an Stelle der bisherigen Geschäftsaussicht ein Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses. Artikel 2 soll die Ringbildung der Ausfertigungen verhindern. Artikel 3 sieht eine Abänderung der Kartellverordnung. Artikel 4 keine Änderung der Gewerbeordnung vor.

Das Vergleichsverfahren zur Abwendung von Konkursen soll nach dem Entwurf auf Grund eines Antrages mit einem bestimmten Vergleichsvorschlag eingeleitet werden, dem auch die färmliche Erklärung der Rechtmäßigkeit der an dem Verfahren beteiligten Gläubiger beiliegen muß. Die Eröffnung des Verfahrens ist abzusehen, wenn der Vergleichsvorschlag ein Erfolg von mehr als der Hälfte der Beteiligung der einzelnen Gläubigers anstrebt, wenn innerhalb zweier Jahre vor dem Antrag gegen den Schuldner das Konkursverfahren eröffnet worden ist, wenn gegen den Schuldner ein Strafverfahren wegen betrügerischen Bankrotto steht, oder wenn der Schuldner flüchtig ist.

Artikel 2 soll bei wesentlichen Ausschreibungen die freie Konkurrenz in vollem Umfang wieder herstellen. Jeder Teilnehmer an Ausschreibungen ist verpflichtet, in dem Angebot anzugeben, welche Verständigung er mit dritten über die von ihm angegebenen Preise und Bedingungen getroffen hat. Wer willentlich unrechte Angaben macht, oder wer einen dritten im Sinne der Ringbildung beeinflußt, wird mit Gefängnis bis zu 1 Jahr bestraft.

bentige Volk habe eine Gegenrechnung anzunehmen, zu deren Begleichung jedoch das Hohenholzervermögen nicht ausreiche. Diese Fürsten haben eine große Schuld an dem heutigen Elend des deutschen Volkes. Die Parteien, die jetzt den Schrei nach dem Recht für die Fürsten erheben, haben die Auslandsdeutschen und die Männer entführt, ohne ihnen den Rechtsweg offen zu lassen. Es handelt sich hier nicht um einen Rechtsstreit, sondern darum, ob die Republik ihren Feinden nach den Waffen keinen soll. Es müsse ein historischer Prozeß gegen die Ausplukker des deutschen Volkes geführt werden.

Zum Schlusse sah die Versammlung die Entscheidung, ein neues Gesetz fordert, das dem einen

Volke wieder gibt, was ihm genommen wurde, notwendigfalls auch durch den Volksentscheid.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Everling, der in den letzten Tagen viel von sich reden gemacht hat, weil er im Rechtsausschuß des Reichstags bei den Verhandlungen über die Fürstenabfindung verbleibt, obwohl er Prozeßverteilter des Herzogs von Altenburg war, veröffentlichte eine Erklärung, nach der er die Prozeßvertretung nummehr niedergelegt hat. — Diese Methode ist schon von Halle Schiele her bekannt: Eine Selbstverständlichkeit wird offensichtlich für manche deutsch-nationale Abgeordneten erst dann eine Selbstverständlichkeit, wenn ihre Unterlassung zu einem öffentlichen Standal standen ist. Korrektiverweise hätte übrigens Dr. Everling nicht sein Prozeßmandat niedergelegt, sondern für die Dauer der Beratung über die Fürstenabfindung den Vertrag des Rechtsausschusses fernbleiben müssen. Bei dem umgekehrten Verfahren werden sich weit Kreise der Leistungsfähigkeit des Einzelnen nicht erwehren können, daß Dr. Everling die Vertretung seines Mandanten vor dem Forum der Partei formal niedergelegt, weil er sie jetzt vor dem Forum des Reichstages wahrnehmen kann.

Zentrumsparteivorstand und Völkerbundssäfäre

In der gestrigen Sitzung des Reichsparteivorstandes und der Vorstände der Reichs- und Landesvertretungen des Zentrums wurde, wie die „Germania“ mittelt, gegen die Haltung der deutsch-nationalen Presse in der Angelegenheit der Polenbefreiung beim Völkerbundsekretariat scharf Stellung genommen. Unter dem Beifall der Versammlung hielte Prälat Schober fest, daß der Vorstelldirektor der Völk. v. Co. völlig einwandfrei und loyal gehandelt hat. Die Versammlung stellte sich einmütig hinter den Parteivorständen.

Die Verfolgung der Hememorde

Das Polizeipräsidium Berlin setzt in einer Bekanntmachung, die an den Plakatständern Berlins und in einer Reihe von anderen Städten angeschlagen worden ist, 6000 Mark Belohnung für die Aufklärung von Hememorden aus. Es

Christenverfolgung durch die Drusen

London, 12. Januar. Nach einer Meldung der britischen Telegraphenagentur aus Jerusalem berichten christliche Flüchtlinge, die in den letzten Tagen in Palästina angekommen sind, von einem Überfall der Drusen auf das Dorf Rajahim am Berg Hermon, nicht weit von der Grenze Palästinas. Die Drusen sollen mehr als einhundert Christen getötet haben. Die beiden Kirchen sollen niedergebrannt sein. Die Dorfbewohner der umliegenden Ortschaften haben in der Furcht vor ähnlichen Angriffen ihre Heimstätten verlassen und sich nach Palästina geflüchtet.

Vorbereitung der Abrüstungskonferenz

Genua, 12. Januar. Am 15. Februar wird die internationale Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz zusammentreten.

Rücktritt Mataja

Die österreichische Kabinettsfreiheit.

Wien, 12. Januar. Der bereits seit längerer Zeit angekündigte Rücktritt des Außenministers Mataja ist nunmehr zur Tat gesetzt worden. In dem gestrigen Ministerrat, der sich mit der Verteilung der parlamentarischen Arbeiten in der kommenden Woche beschäftigte, teilte Außenminister Mataja mit, daß er zurücktreten beabsichtige. Der Ministerrat nahm diese Mitteilung zur Kenntnis. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, ist anzunehmen, daß das ganze Kabinett in Lohn der nächsten Tage zurücktreten wird. Die Entscheidung soll in den heutigen Beratungen der Parteiausschüsse fallen. Die Sozialdemokraten haben zu versichern gegeben, daß sie eine neue Kanzlerschaft Dr. Seipel als Kommissarange betreut werden.

Die Erwerbslosigkeit

1067 031 Hauptunterstützungsempfänger am 15. Dezember.

Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich gestern erneut mit der Frage der Erwerbslosenfürsorge. Von Regierungseite wurde ein Meirat über den Stand der Erwerbslosigkeit gegeben. Danach waren am 15. Dezember 1067 031 Hauptunterstützungsempfänger und 1312 011 Zuschlagsempfänger vorhanden.

Entgegen der Angabe des Regierungsvorstellers wird im Ausschuß festgestellt, daß die Summen, die zur Unterstützung der ausgewählten Erwerbslosen und der nicht verbindungspliktlichen Angestellten vor Weihnachten hätten zur Verteilung kommen sollen, nicht zur Auszahlung gekommen sind, und daß die Auszahlung auch jetzt sehr schleppend erfolgt. Der Ausschuß nahm einen Antrag an, nach dem die erwerbslosen Angestellten aus dem Jahre 1924 ab 1. Januar 1926 Unterstützung erhalten.

handelt sich dabei um die Ermordung des Bahnmeisters Egner, der im März 1923 auf dem Triuppenübungsplatz Döberitz erschlagen worden ist, fernr um die des Feldwebels Wilms, dessen Leiche im Juli 1923 mit zwei Schüssen aus der Havel gegen wurde und um die des Leutnants Zand, dessen Körper im September 1923 bei Döberitz gefunden wurde. Als Mörder und Mitwissers dieser Verbrechen werden eine Anzahl von Personen gesucht, u. a. die ehemaligen Oberfeldwebel Hermann Rohrbach, Büchling, Bärnstorff und Umbauer, sowie die ehemaligen Offiziere Reim, v. Pannwitz und v. Rojet.

Die Zahl der vom Polizeipräsidium Berlin untersuchten Hememorde beläuft sich gegenwärtig auf acht. Bisher sind vier Leichen gefunden worden. Es ist möglich, daß die Untersuchungen noch auf andere Fälle ausgedehnt werden müssen.

Ein deutscher Rechtsanwalt in Südtirol verhaftet

München, 12. Januar. Der Führer des Deutschums im Unterland, Rechtsanwalt Röldin in Salurn, wird wie aus Innsbruck gemeldet, schon seit geraumer Zeit von den Behörden und den Faschisten verfolgt. Insbesondere weiß er in bezug auf den deutsch-nationalen Privatunterricht auf den gelegenen Standpunkt gestellt, daß dieser Unterricht erlaubt sei. Am 19. Dezember wurde Dr. Röldin in die Karabinier-Kaserne geladen, um sich wegen einer Sammlung für eine Christbaumfeier zu äußern. Unter anderem wurde er gefragt, ob er mit dem faschistischen Regime in Südtirol einverstanden und ob er Freidenkt. Nach stundenlangem Verhören wurde Dr. Röldin verhaftet und gefestigt nach Trient gebracht. Für den 12. ist die Verhölung gegen ihn anberaumt. Das Ansuchen um Bewilligung der vorläufigen Freiheit wurde abgewiesen. Gegenstand der Anklage ist Antisemitbeleidigung und Aufruhrung zur Nichtbefolgung der Gesetze.

Jesuitenflagel gegen einen Färbeloch. Aus Innsbruck wird gemeldet: Eine Rote von Jesuiten drang gestern rauschend und mit Reitschlägen bewaffnet in das Privatgemach des Färbelochs von Brizzi ein und forderte die Herausgabe des Schlosses Brünach, um es als Militärskaserne zu verwenden. Die Zulassung wurde natürlich abgewiesen.

Verkauf eines Betrages von Aktien der Dresden Bank an Amerika. Aus dem Bericht von Großaktionären der Dresden Bank ist ein Aktienbetrag an die Newyorker Bankhäuser Hallgarter & Co. und Lehman Brothers zur letzten Wallerplatte verkauft worden.

Wetterbericht der Dresden Wetterwarte

Witterungsaussichten: Wechselseitig bewölkt ohne nennenswerte Niederschläge, starker Frost, im Hochland schwache bis mäßige, im Gebirge lebhafte Winde aus vorwiegend östlicher Richtung. Allgemeiner Witterungsschichtcharakter der nächsten Tage: Keine wesentliche Änderung.

Die Regierungsumbildung in Österreich

Wien, 11. Januar.

Unser 3g.-Korrespondent erfährt von einem führenden christlich-sozialen Parlamentarier über die Regierungsumbildung folgendes:

Am 12. d. M. tritt der Klub des Verbandes christlich-sozialer Abgeordneter zusammen, der über die österreichischen Fragen des Regierungsrücktrittes wie über neue Wirtschaftsprogramme verhandeln wird. Der Rücktritt der Regierung wird aller Voraussicht nach am 13. d. M. erfolgen, so daß der jüngste 14. d. M. einberufene Nationalrat wohl schon die Wahl der Regierung wird vornehmen können. Es steht bereits fest, daß Dr. Mataja dem neuen Kabinett nicht mehr angehören wird, wahrscheinlich auch nicht mehr der Minister für Land und Forstwirtschaft Buchinger, der schon seit längerer Zeit wegen Erkrankung sich mit Rücktrittabsichten trug. Ob Unterrichtsminister Dr. Schneider zurücktritt, steht noch nicht fest. Dr. Rauek dürfte wieder zum Bundeskanzler gewählt werden.

Die in manchen Blättern ausgesprochene Vermutung, daß evtl. Dr. Seipel wieder auf den Plan tritt, entspricht nicht den Tatsachen. Ebenso wenig ist die Ansicht, daß Dr. Kienböck die Regierung übernehmen wird, ernst zu nehmen; denn es würden sich in diesem Falle allzuviel unangenehme Folgerungen für das parlamentarische Leben im Nationalrat ergeben, bevorstehend im Zusammenhang mit der Mieterreform.

Als Nachfolger für Minister Buchinger wird der Abg. Födermayr, Obmann des österreichischen Bauernbundes für Oberösterreich, genannt, der schon einmal vor Buchinger Ackerbauminister werden sollte. Das Kesseltreiben der Landbündler gegen Födermayr wird seine Kandidatur kaum zu beeinflussen vermögen.

Tagesneuigkeiten

Die Dresdner Skandalblätter

In zwei Terminen beschäftigte sich das Amtsgericht Dresden mit Bekleidungen die durch Artikel in Wochenblättern erfolgt sind. Der eine Strafprozeß richtet sich gegen den vormaligen verantwortlichen Schriftsteller des "Dresdner Echo", Alfred Penzel. Gegenstand der Anklage war ein in Nr. 23 des Dresdner "Echo" erschienenen Artikel unter den Kennworten: "Nächtliches Treiben einer Dresdner Opernsängerin", der schwere Beleidigungen gegen ein Mitglied der Dresdener Oper enthielt. Dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend wurde Penzel im Sinne der Anklage zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — In dem zweiten Termine wurde verhandelt gegen den Haushaltswalter Walter Büher, der in Nr. 41 der "Kriminale" v. J. einen Artikel veröffentlicht hatte, in dem einem Kriminalkommissär pflichtwidrige Handlungen vorgeworfen wurden. In dieser Noelzen hatte Büher einen Strafbefehl in Höhe von hundert Mark erhalten, dagegen aber Einspruch erhoben und Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt. Das Gericht erhöhte den Antrage des Staatsanwaltes entsprechend die Strafe auf 150 RM.

† Brandhyänen. Wie erst jetzt bekannt wurde, wurden bei dem ungeheuren Brande des Schlosses Marienburg in Niedersachsen in Böhmen nicht nur der Eigentümer, sondern auch seine Frau Karl Polley und Fürst Leopold Coburg sowie dessen Gemahlin und Kammerfrau aufs grausamste bestohlen, da sich aufseherrlich viele Leute um die Bergung der kostbaren Erinnerungsstücke bemüht hatten. Der Wert des gestohlenen Gutes ist ein sehr großer.

† Blutiger Überfall. Auf dem Wege zur Poststelle, die er zu einer blutigen Rauerei in einem Gasthaus in Nürnberg herabholen wollte, wurde der Dienstler des Stadtbaues, Joseph Franz Breit, plötzlich von vier Männer, die den Abgang bemerkten und dem Mann nachgeschossen waren, überfallen und mit Schüssen so schwer verletzt, daß ernsthafte Lebensgefahr besteht, da momentan die Schüsse abgefeuert wurden. Die Mörder flüchteten.

† Eisenbahnterror. Bei einem heftigen Streit, in dem der Eisenbahndienstleiter Braun aus Schlesien nun mit seiner Hausbüttner geriet, gab die Frau, die gerade beim Beziehungszeitpunkt auf den Mann ab, durch die er erheblich verletzt wurde.

† Autounfall. In der Nacht zum Sonnabend geriet ein Kraftwagen auf der Fahrt nach Lohmen im Schneetreiben auf einer Seitenstraße und stürzte einen Hang hinunter, wo einer der Insassen, ein 42jähriger Büchereireitor, den Tod fand. Ein Bericht des Fahrers soll nicht vorliegen.

† Aufgehobene Falschmünzerwerkstatt. Bei der Herausgabe gefälschter 20-Mark-Scheine wurde in Düsseldorf am 8. Januar ein junger Mann aus Dresden betroffen. Seiner Festnahme widerstand er sich und verletzte den Polizeibeamten mit der Schußwaffe. Er wurde trotzdem festgenommen. Ein bereits auf der Rückfahrt nach Dresden begriffener Mitarbeiter wurde in Paderborn im Zuge verhaftet. Die hier sofort vorgenommene Durchsuchung des in Dresden-Göltz gelegenen Wohnungsraums brachte den Beweis, daß die beiden festgenommenen zugleich die Verstärker des Falschgelds sind. Es wurden außerdem noch rund 400 Stück der falschen Scheine vorgetragen. Der Wohnungsgesetz hat nach langem Leugnen zugeben müssen, Mißwissen und Verhinderung des Münzverbrechens zu sein. Es wurde ebenfalls auf Halt genommen. Die Verbreitung der Falschscheine ist seit etwa ½ Jahr im Gange und zu meist in außersächsischen Städten erfolgt. Die Beteiligten sind ein 25jähriger Student, 1 Schlosser und 1 Postschaffner.

Die Wünsche der Mieterschaft

Dresden, 12. Januar. Der Bundesausschuß des Bundes der Mietervereine e. V. Sitz Dresden, war am 9. und 10. Januar zu einer Bundesversammlung zusammengetreten, die von den Vertretern der Mieterschaft aller deutschen Länder in 25 Verbänden besucht war. Auf dieser zweitägigen Tagung wurde zu der jetzigen mieterpolitischen Lage Stellung genommen und folgende Entschließung gefaßt:

1. Troch wachsender Wohnungsnott und ungeminderte Raumnot für Hand, Handwerk und Gewerbe hat es die Reichsregierung für notwendig erachtet, dem Reichstag eine wesentliche Veränderung der bestehenden Mieterchuttbemessungen vorzuschlagen. Gegen diese Regierungspolitik erhebt der Bundesausschuß entschieden Einspruch und erwartet von der Weisheit des Reichstages mehr Verständnis für die gegenwärtige Notlage der Mieterschaft.

2. Ohne vom Standpunkt einer gesunden Wohnungswirtschaft aus die Notwendigkeit einer allgemeinen Mietenerhöhung auf 100 Prozent der Friedensmiete anzuerkennen zu können, fordert der Bundesausschuß angesichts der katastrophenalen Wirt-

Die Förderung der katholischen Presse

Von Hermann Ludwig Müller, Paderborn

Ganz allgemein muß gesagt werden, daß ein großer Teil der Presse einen wahrhaft unheilvollen Einfluß auf unser öffentliches, privates und gesellschaftliches Leben ausübt. Die religiösen, die farblosen, die vom Materialismus erfüllten Zeitungen, die vom Papst und Bischof wiederholt schärfer verurteilt worden sind, haben die vielfache Korruption unseres Volkslebens wesentlich mit verschuldet. Diese Blätter stellen das Geschäft-Interesse vollständig in den Vordergrund, sie suchen durch sensationelle Nachrichten und Skandalgeschichten sowie durch sonstigen pikanten Lesestoff den Leidenschaften der breiten Volksmassen zu schmeicheln und sie sind daher ein überaus gefährliches Gift für die menschliche Gesellschaft.

Den verderblichen Wirkungen dieser Zeitungen gegenüber hat die katholische Presse eine überaus hohe und wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihre Aufgabe ist es vor allem, die Unabhängigkeit an Kirche und Vaterland zu fördern, für Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten, an der Erneuerung der menschlichen Gesellschaft in wohlaufstiftendem Geiste zu arbeiten und an der Gedenkung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse mitzuwirken. In der Erfüllung dieser Aufgaben hat die katholische Presse sich in der Vergangenheit hervorragende Verdienste erworben, und sie ist unermüdlich bestrebt, auch in der gegenwärtigen schwierigen Zeit dießen idealen Zielen voll Hingabe zu dienen.

Die katholische Presse hat von jeher mit überaus schwierigen Verhältnissen zu kämpfen gehabt. Besonders im Kulturmampfe hatten die katholischen Zeitungen schwer zu leiden, da sie wegen ihres unerhörten Eintretens für die kirchliche Freiheit von den staatlichen Machthabern ihreswegen verfolgt wurde. Hunderte von katholischen Redakteuren mußten damals wegen ihrer freiheitlichen Verteidigung der Kirche längere oder kürzere Gefängnisstrafen erdulden. Abgesehen davon hat aber auch der größte Teil der katholischen Zeitungen in finanzieller Beziehung sowie auch bezüglich der Verbreitung stets einen viel schwereren Stand gehabt als die meisten anderen Zeitungen. Die nicht-katholischen Blätter verbreiten durchweg über erhebliche Geldmittel und sind deshalb zum großen Teile überaus stark verbreitet, während die katholischen Blätter in dieser Beziehung leider hinter ihnen zurückbleiben.

Wenn nun die Kapitalkraft und die Verbreitung der katholischen Presse vieles zu wünschen übrig lassen, so steht sie doch an Leistungsfähigkeit und Bedeutung den gegenwärtigen und farblosen Blättern absolut nicht nach und übertrifft sie besonders in moralischer Beziehung ganz erheblich. In der unermüdlichen Arbeit der katholischen Presse für das allgemeine Wohl, in ihrem unverdrossenen Eintreten für die Aufrechterhaltung der religiösen, staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gegenüber den Mächten des Umsturzes, sowie in der Pflege unseres christlichen und deutschen Kulturlebens besteht der große Vortzug, den sie bietet, und darin besteht auch der Patriotismus der katholischen Presse. Sie darf den vaterländischen Charakter voll und gänzlich für sich in Anspruch nehmen, mehr als manche andere Blätter, die bei jeder Gelegenheit in den höchsten nationalen Phrasen schwelzen, bei der praktischen Arbeit für das Vaterland aber verloren.

Die unvermeidbare Verbreitung der katholischen Presse zeigt sie besonders, wenn man in die öffentlichen Gebäude, in die Restaurants und Cafés geht oder Verhandlungen an den Märkten anhält. Es ergibt sich dabei fast immer, daß dort die sozialen und farblosen Blätter fast überall in großer Zahl aus-

siegen oder zum Verkauf angeboten werden, während man die katholischen Zeitungen meistens nur in vereinzelten Exemplaren oder überhaupt nicht antrifft. So- gar in den überwiegend katholischen Gegenden.

Es möge hier auf Josef v. Görres, den großen Volkssmann am Rhein, hingewiesen werden, dessen 150-jähriger Geburtstag am 25. Januar 1926 gefeiert wird. Er machte sich dadurch um die katholische Presse hoch verdient, daß er zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den "Rheinischen Merkur" gründete und darin den losen Brand seiner Begeisterung für Religion, Vaterland und Freiheit zündend in die Massen mar. Außerdem sei ein auch für die Gegenwart hochbedeutender Auszug aus einer Rede mitgeteilt, die Ludwig Windthorst, der große Organisator des katholischen Deutschland zur Zeit des Kulturmampfes, Anfang September 1888 auf dem deutschen Katholikentag in Freiburg (Breisgau) gehalten hat. Windthorst sprach sich dort überaus treffend über die Wichtigkeit und Bedeutung der katholischen Presse wie folgt aus: "Ich muß den Herren, die über die Presse gesprochen haben, ganz recht geben, daß es absolut notwendig ist, daß wir sie unterstützen, wo immer es geschehen kann, mit materiellen Mitteln, vor allem aber mit Abschneidung, und es soll nach meinem Dafürhalten in keinem katholischen Hause, wo irgendwie die Mittel aufzubringen sind, ein tüchtiges Organ fehlen. Was das tägliche Lesen eines bestimmten Prebogens bewirkt, davon hat man gar keine Ahnung. Jeder Mensch glaubt, er sei ein sich abgeschlossener, vollständig aufgeklärter, nach allen Seiten unterrichteter Mensch, und er könnte eigentlich lesen, was er wolle. Er könnte da neue Nachrichten finden, aber die Art und Weise der Darstellung des Inhalts läßt auf ihn gar keinen Einfluß. Und doch, meine Herren, ist das nicht der Fall. Das tägliche Lesen eines bestimmten Organs bringt gar leicht zu den Anschauungen desselben, und das können Sie genau ermessen, wenn Sie einmal eine Reise durch Deutschland machen wollen und die Gebiete der verschiedenen Zeitungen ein wenig studieren. Dann werden Sie finden, in der Unterhaltung, daß überall, wo die Grenzen sind, man auch entdecken kann, wie diese oder jene Zeitung eingespielt hat. Ich will einmal von unseren Blättern noch nicht sprechen, aber ich kann Ihnen sagen, daß ich so gleichermaßen vorhersagen will, wie die Wahlen laufen, wenn ich auf der Post oder sonstwo in Erfahrung gebracht habe, welche Zeitungen da gelesen werden.... Ich habe die Bemerkung nur gemacht, um Ihnen zu zeigen, wie wichtig es ist, daß überall ein zugeschriebenes katholisches Organ gelesen wird."

Es ist hohe Zeit, daß die deutschen Kätheiken, vor allem auch unsere gebildeten und wohlhabenden Kreise sich mehr als bisher die Förderung der katholischen Presse angelegen sein lassen. Besonders ist das in der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage notwendig, da die katholische Presse unter der jetzigen Notlage viel mehr als die gegenwärtigen Blätter zu leben hat. Neben der Aufgabe, unserer katholischen Presse durch Aufzuhaltung neuer Leser aus den Kreisen der Verwundeten und Verbannten eine größere Verbreitung zu verschaffen, muß das Augenmerk besonders darauf gerichtet werden, sie soweit als möglich durch Zuwendung von Interessen zu unterstützen.

Für die Katholiken Deutschlands muß es fortgesetzt als eine der wichtigsten Aufgaben betrachtet werden, die wiederholten Mahnungen der Päpste und Bischofe zur Förderung der katholischen Presse immer mehr in die Tat umzusetzen. Höhe der Anerkennung unserer katholischen Presse unter der jetzigen Notlage ist eine der wichtigsten Aufgaben der katholischen Presse.

Nur sind die Schäden der vorjährigen Hochwasserkatastrophen an vielen Häusern nicht gelöst, da haben neue Flüsse das zerstörerische Werk wieder aufgenommen.

In den am härtesten betroffenen Gebieten des Reiches Neuwied haben die neuen Hochwasserschäden eine geradezu katastrophale Größe geschaffen, die wieder betroffene Orte befinden sich noch nicht erholt von den schweren Schäden der Jahre 1924 und 1925 mit Hochwasser, Hagelschlag und Blitzeinschlägen, und über dies ringt der Stand der dort wohnenden Winzer hart und schwer um seine Erholung. Neuweid, Leutesdorf, Erpel und Körne. In geringerem Ausmaß, aber schwer genug betroffen, Zülpich, Zülpich und Lüdenscheid sind Städte der Verwüstung. Den meisten Hochwassergeschädigten wird es unmöglich sein in den nächsten Monaten wieder ihre früheren Wohnräume zu bezleben. Die Wohnungsnot ist dadurch gewaltig gestiegen. Die menschwidrige Herrichtung der zerstörten Behausungen erfordert große Mittel. Die Bitte um das tägliche Brot steht wieder aus forschwilligen Herzen auf. Grob sind auch die Schädigungen durch das Abreißen von Holz, Gerüten, Säulen usw.

Nicht minder groß sind die auf Millionen sich belaufenden Hochwasserschäden an der Mosel in den Regierungsbezirken Trier, Koblenz, Köln und Düsseldorf. Auch hier ist die Industrie schwer getroffen, so zum Beispiel in Andernach, auch hier sind viele Straßen überflutet, die Schäden unübersehbar, und vielerorts Verwüstung und Verheerung.

Weitgehende Hilfe muß möglichst schnell aus dem übrigen Deutschland einsetzen. Das Rheinland muß es spüren, daß das ganze Vaterland seine Not zu der eigenen macht und die gegenseitige Bruderhilfe nicht vergeblich angerufen wird.

Der Deutsche Caritasverband hat angefischt der Notlage der Hochwassergeschädigten eine Hilfsaktion eingeleitet, um in Verbindung mit den behördlichen Stellen an der Linderung der Not mitzuwirken. Sein Ruf darf nicht ungehört unter den deutschen Katholiken verhallen! Gaben nehmen entgegen die Diözesan-Caritasverbände Köln, Trier und Münster, sowie die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes (Freiburg i. Br., Werderstr. 4, Postscheckkonto 7026 Karlsruhe).

Der Deutsche Caritasverband hat auch bereits Schritte unternommen, um für Kinder obdachlos gewordener Familien Freiplätze in Anstalten zu beschaffen. Es ist aber auch dringend erwünscht, daß sich Familien melden, die bereit sind, ein Kind obdachloser Familien bei sich aufzunehmen.

Die Hochwassernot und wir

In kaum sechs Jahren sind vier Hochwasserkatastrophen über das Rheintal hereingebrochen. Alle aber übertrifft die gegenwärtige Hochwassersituation, die ein solches Ausmaß angenommen hat, wie es seit 1784 nicht mehr erlebt wurde. Noch ist der Rhein nicht in sein Bett zurückgetreten, noch sind in den betroffenen Gebieten die Straßen meterhoch überflutet und weite Landstreichen überschwemmt. Wohin das Auge tritt, bieten sich Bilder.

Die Schädigungen und Notstände, welche diese Katastrophe im Gesamtbereich sind riesengroß und rufen um Abhilfe. Die Existenz vieler Familien ist aufs äußerste bedroht. Die Betriebsstätten, die den Bewohnern Arbeit, Verdienst und Lebensunterhalt geboten, stehen öde und verlassen. Die Flüsse des Hochwassers haben den Arbeitsbetrieb lahmgelegt und damit zu allseitigen und seelischen Not bei dem vom Hochwasser Betroffenen die Zahl der Arbeitslosen bedeutend gestiegen. Handel und Wandel sind aufs stärkste gehemmt.

Die Schädigungen und Notstände, welche diese Katastrophe im Gesamtbereich sind riesengroß und rufen um Abhilfe. Die Existenz vieler Familien ist aufs äußerste bedroht. Die Betriebsstätten, die den Bewohnern Arbeit, Verdienst und Lebensunterhalt geboten, stehen öde und verlassen. Die Flüsse des Hochwassers haben den Arbeitsbetrieb lahmgelegt und damit zu allseitigen und seelischen Not bei dem vom Hochwasser Betroffenen die Zahl der Arbeitslosen bedeutend gestiegen. Handel und Wandel sind aufs stärkste gehemmt.

Aus Sachsen

Gegen das Kinderzuchtgese

Zwickau, 12. Januar. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Zwickau und der Bezirksgruppe Zwickau des Verbandes der Landwirte im Erzgebirge nahm zu dem neuen Kinderzuchtgese in Sachsen Stellung, über das Oberlandwirtschaftsamt Freiberg in Chemnitz referierte. Nach lebhafter Aussprache, in der das Gesetz aufschärfte kritisiert und abgelehnt wurde, nahm die Versammlung folgende Entschließung an: Der Landwirtschaftliche Bezirksverein Zwickau sowie die Ortsgruppe Zwickau des Verbandes der Landwirte im Erzgebirge lehnt das Kinderzuchtgese ab mit aller Entschiedenheit in bei der gegenwärtigen Lage nicht inslände, die Kosten für die Durchführung des Kinderzuchtgese auf sich zu nehmen. 2. Bei der gegenwärtigen Deutung ist der dem einzelnen Wochhalter zugeschriebene Zeitraum nicht tragbar. Vergleichbare Wege und häufiges Unrinden müssen die notwendige Folge der geplanten umfangreichen Organisation sein. 3. Durch die Vereinigung vieler Wochhalterungen auf einen Bullen wird der Verbreitung der Seuche mit Vorschub geleistet und damit die Gefahr der Verseuchung ganzer Ortschaften heraufbeschworen.

Brände

Schnitzig, 11. Januar. Am Sonnabend morgens brannte das Wohnhaus des Gutsbesitzers Max Büchner bis auf die Umfassungsmauern nieder.

Zeithain, 11. Januar. Am Sonnabend früh wurde ein Stallgebäude des Gutsbesitzers Rößle durch Feuer vernichtet.

(Chemnitz, 12. Januar. Tödlicher Unfall.) Ein tödlicher Unfall ereignete sich aus dem hiesigen Hauptbahnhofe. Der Lokomotivführer Schönfeld geriet bei Prüfung der Dampfleitung zwischen die Räder zweier Wagen, ihm wurde der Brustkorb eingedrückt und er verstarb alsbald an den schweren Verletzungen. — Im benachbarten Neukirchen brannte in der letzten Nacht auf dem Gelände des Besitzers Bonitz ein Steinengebäude total nieder. Ein Teil des Viehs konnte gerettet werden, während das andere Inventar ein Raub der Flammen wurde. Man vermutet Brandstiftung.

(Chemnitz, 12. Januar. Verstärkung der Kriminalpolizei.) Nach einer amtlichen Mitteilung ist die hütlich von Bandege bewilligte angemessene Verstärkung der Kriminalpolizei nunmehr auch in Chemnitz durchgeführt worden. Die Kriminalabteilung Chemnitz besteht demnach jetzt aus 100 Kriminalbeamten. Diese werden nicht nur im Gebiete der Stadt Chemnitz selbst tätig sein — wie es vor der Bestallung der Kriminalpolizei der Fall war —, sondern auch, besonders bei schweren Kriminalfällen, im ganzen Bezirk des Landgerichts Chemnitz, und sie werden unter Umständen auch in den ebenfalls zum Landgericht Chemnitz gehörenden Bezirke des Landgerichts Freiberg zur Unterstützung mit herangezogen.

(Zehnbecker, 12. Januar. Tödlicher Unglücksfall.) In der chemnitzischen Zehnbecker von Frey Water jun. wurde am Freitag der Arbeitnehmer O. Baumann aus Wildenfels beim Aufladen eines Niemands von der Transmision erschossen und so schwer verletzt, daß er bald darauf den erzielten Verleidungen erlag.

Freiberg, 12. Januar. (Stadtparlament.) Das Stadtverordnetenkollegium wählte das bisherige Präsidium wieder. 1. Vorsitzender ist Stadtverordneter E. M. H. (Bürgerl.). 1. Bürgermeister Stadtverordneter Pittig (Soz.). 2. Bürgermeister Stadtverordneter Dreher (Bürgerl.). Bürgermeister Pittig (Soz.) wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen gewählt. In der gleichen Stadtverordnetenversammlung wurden für Ratsstandsarbeiten 13 000 Mark, für Schaffung eines Obdachlohnzimmers 13 000 Mark, für Schaffung von Eigentumswohnungen 10 000 Mark bewilligt. — Die Zahl der Erwerbslosen ist in Freiberg von 500 am Anfang des Jahres 1925 auf etwa 1500 am Ende des Jahres gestiegen. — Die Sparbücher der Freiberger Bevölkerung hat noch dem Bericht der Sparkasse über das Jahr 1925 in erfreulicher Höhe zugenommen. Das Einlegerguthaben, das Ende 1924 229 580 RM. betrug, stieg im Jahre 1925 auf 1 130 205 RM.

(Großenhain, 12. Januar. Ein 90jähriger in den Tod getrieben.) Der Rentner Lobeck Huhn suchte in seiner Wohnung

morgens im Rittergut Rothenhof im Alter von 90 Jahren in einem Anfall von Schwermut den Kreislauf. Er war der älteste Einwohner der Parochie Großenhain.

0 Mittag, 12. Januar. (Einbruchdiebstahl.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde im Gehöft des Gutsbesitzers Pech ein Einbruchdiebstahl verübt. Der oder die Diebe müssen mit den üblichen Verhältnissen vertraut sein. Von Nachbarsseite, wobei sie den Hof gar nicht zu betreten brauchten, stiegen sie zunächst in den Kartoffelfeld und von da in die Mutterklammer, die sie gewaltig erbrochen. Hier stahlen sie mehrere große Säcke und Schinken. Weiter hieben sie auch einige Stückchen Butter mitgehen.

(Radeberg, 12. Januar. (Lehrgang über die Alkoholfrage.) Begannen am Mittwoch, 11. Januar, abends 18 Uhr, veranstaltete das Wohlfahrt- und Jugendamt der Stadt Radeberg einen Lehrgang über die Alkoholfrage (zugleich Lehrgang für Helfer in der Trinkerkürsorge). Es sind 5 Abende vorgesehen. Am ersten spricht Herr Arthur Uhlemann, Generalsekretär der Sächsischen Landeshauptstadt gegen den Alkoholismus, über "Die soziale Bedeutung der Alkoholfrage" (Einführungssatz mit Tafeln von dem Deutschen Hochstmuseum). Ferner werden sprechen: 2. Fürsorgebeamter Grunert: "Ist Trunksucht heilbar?" 3. Grunert: "Das Zusammenwirken der amtlichen mit der freien Wohlfahrtspflege in der Trinkerkürsorge". 4. Obermedizinalrat Dr. Schlegel (Landesanstalt Arnoldsdorf): "Die durch Alkoholgenuss verursachten Schädigungen, körperlicher und seelischer Art". 5. Dr. Stummel (Landesanstalt Arnoldsdorf): "Alkohol und Vererbung". Der Lehrgang schließt mit einer Führung durch die Anstalt Arnoldsdorf. Die Vorträge werden im Physiksaal des Realgymnasiums gehalten. Eine möglichst zahlreiche Beteiligung auch aus katholischen Kreisen, besonders aus den in der Armen- und Jugendfürsorge tätigen Personen sowie der Lehrerschaft kann mit Recht erwartet werden.

Aus der Lausitz

Bautzen. Die Baugenossenschaft des Bautzener Handwerks, Handels und Gewerbes, e. G. m. b. H., konnte im vergangenen Jahr an der Dresdner Straße ein großes Bauobjekt in Angriff nehmen. Die ersten 4 Wohnhäuser der Siebenbäuergruppe an der Straßenseite sind bereits unter Dach. Mitte Mai kann werden 31 neue Wohnungen dem Wohnungsmarkt zugewiesen. An der Hofstraße soll auch noch ein Gruppenhaus fertiggestellt werden. Die Baugenossenschaft beschäftigt auch, sich mit der Finanzierung von Eigenheimen zu beschäftigen. — Am Sonnabend stand im Schulzentrum eine angeblich von einigen kleinen Landwirten einberufene Protestversammlung gegen das Kinderzuchtgese, die von etwa hundert Personen besucht war. Als Redner trat unverkennbar der kommunistische Stadtrat Hoop aus Bautzen auf. In einer scharfen Debatte erklärte er von seinen berufenen Vertretern der Landwirtschaft eine gewaltige Abschaffung. Trotzdem wurden von der sich austößenden "Versammlung" zwei Entschließungen gegen das Gesetz angenommen. — Das christliche Gewerkschaftsamt Bautzen hielt am Sonntag im Bürgergarten eine Versammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter Georg Hartmann-Dresden über das Thema: "Wirtschaftskrise und christlich-nationaler Arbeit" sprach. Die Versammlung war gut besucht, auch von Vertretern der Behörden. Eine Entschließung betr. Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern und vermehrte Fürsorge für die Arbeitslosen fand einstimmige Annahme.

Schlesienwalde. In der katholischen Kirche wurden 1925 getauft 97 (92) Kinder (51 Jungen und 43 Mädchen); gestorben sind 40 (45) Personen. Aufgetauft wurden 27 Paare (25), davon 18 Paare aus hier. Getraut wurden in dieser Kirche 13 Paare (5 Paare wurden in August getraut). Kommunionkinder sind zu verzeichnen 34 450 (28 700). Erstkommunikanten waren 63 (71), 27 Jungen und 36 Mädchen. Bekehrungen waren ausgezählt 326 (265). In die Kirche eingetreten sind 2, ausgetreten 21 Personen (10), 13 Männer und 7 Frauen. — In der evangelischen Kirche wurden 1925 getauft 11 (15) Kinder, konfirmiert 7 (10), aufgetauft 5 (3); Brautpaare wurden 4 getraut. Gestorben sind 7 (5) Personen. Die Zahl der Kommunionkinder betrug 445 (429). Die Seelenzahl der Gemeinde beträgt 622. Die Ziffern in Klammern zeigen die Zahl vom Vorjahr an.

Neukirch. Im Jahre 1925 konnten hier 9 Ehepaare die goldene Hochzeit feiern.

Zittau. Über die Ursache des Eisenbahnunfalls auf der Zittau-Osbiner Gebirgsbahn gibt jetzt die technische Abteilung

der Bahndirektion Zittau folgende Erklärung ab: „Bei dem enthaltenden Regenwetter auf dem vorher festgefrorenen Untergrund hat ein Güterzug mit zwei besonders schweren Lohnmotoren vermutlich Gleisveränderungen hervorgerufen, die eine Entgleisung des kurz darauf verkehrenden Personenzuges veranlaßten.“

Südwestsachsen

Brandis. Die im Jahre 1887 geborene ledige Blindschneiderin H. wurde tot aus dem Wasser gezogen. Ob Selbstmord oder Unglücksfall vorliegt, ist noch ungewiß. Die Tochter sollte am nächsten Tage am Stoffe operiert werden.

Gottesbora. Am Dienstagabend wurde eine Blindschneiderin zum Bergspringen gebracht. 2 Messerstiche mit einer 170 RM. wurden gestochen.

Mingenthal. Zahlreiche Malerkrankungen machen die 7. und 8. Klasse den Schulbeginn erst für den 18. Januar möglich.

Plauen. Im Bezirke des Leipziger Industriegebietes Plauen und Umgebung waren am 31. Dezember 1925 8543 Arbeitslose zu verzeichnen. — Rundgang sprang ein Arbeiter nachts in der 12. Stunde in die Elster, die noch ziemlich viel Wasser führte. Er hatte in einer Gastwirtschaft eine größere Beute gemacht und das Bezahlten vergessen, die Wirtin kam ihm auf die Straße nach. Von hilfsbereiten Personen konnte er aufs Trockene gebracht werden; am Ende trug er mehrere schwere Wunden davon. — Der nach Berlin vorgelebene Sonderzug 4. Klasse wird zunächst nicht abheben. — In der ersten Stadtverordnetenversammlung wurde das bisherige Präsidium wiedergewählt. Um die Posten des 1. und 2. Stellvertreters entspann sich zwischen den Sozialdemokraten und den östlichen Sozialisten eine Auseinandersetzung. In kleinlicher Weise wurde den Sozialdemokraten für die Beanpruchung des 1. Stellvertreters die Quittung erteilt, indem auf den Stimmentzettel stand: Rote, kleine Rote, ganz kleine Rote, Scheidentann, Bataat usw. Die Mehrheit des Hauses verurteilte solche „Schere“ ganz entschieden.

Weischau. Beim Rangieren entgleiste auf dem Bahnhof die Lokomotive eines nach Plauen bestimmt Güterzuges. Die Maschine war mit der Bordachse aus den Gleisen gerutscht. Es mußte aus Zwickau der dort stationierte Hilfszug beordert werden. Zu eindrücklicher Arbeit wurde die Maschine ins Gleis zurückgebracht.

Zwickau. Gegen die Zusammenlegung der Zwickauer Büchereien an den höheren Schulen Zwickaus hat sich der Sächsische Philologenverein ausgesprochen. — Die Chefarbeit eines ehemaligen Planiner Einwohners durchsetzte sich die Schule und nach. Als ihre Schwestern hierzu Nachricht erhielt, wurde sie erschöpft und mußte in eine Heilanstalt überführt werden. Sie durchbrach sich in einem ihrer Anfälle die Pulsader. — Zu einer Protestversammlung wurde dagegen Stellung genommen, daß zu erbauende staatliche Frauenschule nicht nach Zwickau sondern eventuell nach Plauen kommen soll. — (Der Weitblick dieser Anstalt für das Vogtland wegen auch noch befassen.)

Gemeinde- und Bereitsweien

Archidiakonat Leipzig. Nächste Pastoralkonferenz am Donnerstag, den 14. Januar nachmittags 5 Uhr in der Provinzialkirche Punkt 4.30 Uhr Adoratio.

g. Dresden-Zwickau. (Kungräumen + Songtag.) Sonntag, den 17. Januar, abends 18 Uhr, im Gelehrtenhaus, Mühlstraße 4. Theaterabend: „Das Geigenkind unter Hoben Frau“. Karten bei Herrn Bräuer, den Vereinsmitgliedern und an der Abendkasse. Eintritt 1.50 Uhr.

g. Dresden-Öff. (Sächsischer Gesellenverein.) Nächste, wie bereits angekündigt, am ersten, sondern am Montag, den 8. Februar, findet die Faschingsfeier im Kreis der Kolpingfamilie statt. Alle Katholiken Dresdens werden sehr wohl um ihren Besuch gebeten. Alt und Jung werden einige schöne, harmonische Stunden geboten. Bei vierzig Devisen „Frohlocken und Scherz“ ist dieser Abend geweiht. Näheres siehe Unterrat.

Der Welt im kleinen, die durch Tiefe erlebt, was ihr am Umlauf gebricht, ist über die Höhe eines „Jägers“ hinausgewachsen. Die Schuld des Bauerntums und die Schuld am Bauerntum der Kriegs- und Nachkriegsjahre halten Die Bauern von Siebold so unbedingt die Worte, daß es vermessen wäre, diese oder jene Schule mit einem Stein des Anwurfs zu beschwören. Ein Bauerndorf in Prosa, wortknappe, handlungsträchtige und blauäugige in Der Hof im Nied, auf dem zwei Edelmitäben dem eigenen Stolz und der Herzenshärte ihrer Umgebung erliegen. Die Flucht aus dem Alltag ist so liebenswert bekenntnishaft, daß sie fast als Schröders „Nichtung und Wahrheit“ erscheinen könnte. (Die Bücher sind im Verlag von Quelle und Meyer in Leipzig erschienen. Ebenda wird Österreich 1920 Schröders neuer großer Roman: „Gottwelt Jagdram und sein Werk“ erscheinen, ein Buch, dessen Anfangsblätter ein Jahrzehnt zurückliegen.)

Der Unzug der Himmelsbriebe forbert im Erftling „Der Freibauer“ so Glücksvolle Lebensoptik. Das Volksbuch vom Kriege: „Die Flucht von der Murmankahn“, ich will erzählen die Traumfahrt eines gefangenem Torgauer Husaren. In Peter Lorenz“ blüht ein Kreis die Verbrechen anderer und kämpft sich zu Freiheit, bescheidenem Herrentum etlich hindurch. „Der Heiland vom Binsenhof“ wird von der in grauem Irrwahn entlaufenen Menge erachtet, die aus dem Elend des Bauernfeinds zu befreien er hart gerungen und unerbittlich gelitten hatte. Ein Erziehungsort zu besonnter Daseinsbeobachtung ist das „Wirtshaus zur Kapelle“, in dem eigenlichter Stoßmann dem milden Werken der Menschlichkeit widersetzt. Mit dem Überlaubnabuch vom „Schuh auf dem Teufel“ rüttelt der Verfasser die Gewissens der noch, die den Nachseiten des Denkens allzu bereitwillig zugeworfen sind. Mit den „Deutschen Legenden“ ist eine Brücke der Hoffnung zwischen Golgatha und dem Afrikäusser geschlagen.

Es wäre denkbar, daß der im deutschen Volkston verankerte Meisterzähler überrossen werden könnte durch noch bewegtere Führung und Baltung der Handlung, durch herbedachte buntre Abenteuer, durch rüttelhafte Menschen, durch verwinkelte Lebensschäfte, durch verhandelnde erhabene Götter, die frohes zur Verfügung stehen würden, die es aber weder erstreben, noch billigen. Nicht denkbar ist, daß unserer zerklüfteten Gegenwart ein Mittler erscheinen könnte, der gleichzeitig wäre, die leidige, jahrhundertealte Kraft zwischen Dorf und Stadt, die das letzte Jahrzehnt gesellschaftlich vertauscht und schädlich verdreht hat, mit Werken von vollmerriger künstlerischer Schönheit zu überwölben, die aus einem gesunden Empfinden und einer gründlicheren Kenntnis geschlossen sind, als die Bauernromane und Bauernnovellen von Gustav Schröder, dem berühmten Gestalter des neuen deutschen Bauernromans der Gegenwart. Walter Böh

Gustav Schröder

Zum 50. Geburtstag des Thüringer Meisterzählers am 14. Januar 1926.

Der Eintritt Gustav Schröders in den Kreis der Erzähler, die etwas zu sagen haben, geschah nicht mit dramatischer Plausibilität. Schritt um Schritt, mit der weisenmäßigen Weisheit des Epikers, näherte er sich der Höhe, auf die ihn seine Selbstzucht und immeres Hochstreben gebracht haben. Aus der Verborgenseit eines Bergdorfs traten kurze Erzählungen aus Licht, zunächst verstreut in Zeitschriften und Zeitungen, bald zu Sammlungen verschiedenster Umfangs vereint. Erzählungen voll Erkenntnisbedürftigkeit, Schlichtheit, durchweht vom Hauch einer Frische, die heiteren Studienlust entstammte, durchspülte vom Herzschlag eines Blutes, das gefand in sich selbst war, getragen von einer Gerdigkeit der Formfindung, die nachdrücklich wirkte. Ungebrochen und erdbeerwurzelt erscholl ein fröhliches Jasager zum Leben, auch wo es mühsam ist. Eine Abfuge an alles Verkrümpte und Stanbale ging nebenbei, und auch das Glittergold des Glühzingers verlor den erdorungenen Glanz.

Der Verfasser war als junger Lehrer aus dem idyllischen Wüstegiersdorf in das thüringische Eichbach an der oberen Saale hinaübergewandert, angefüllt mit dem strebenden Ernst und jungmännlicher Größebedürftigkeit seines Herzens; hatte seine zwei Dutzend Lebensjahre zwischen den Wänden der Dorfschule vor den Schulbänken verbracht; hatte die Kinderköpfe mit nüchternen Wissen und die Kinderherzen mit dem noch notwendigeren Willen zum Guten angefüllt; war selber, fest und lächer in den Buben der neuen Helmut hineingewachsen; hatte manches Korn reissen und manchen Weizen verhangen sehen; hielt seine Augen offen, die Ohren nicht zugeknöpft und war entschlossen auf das zu gegangen, was nicht an ihm herangekommen war, mit dem zu leben und in dessen Seele heimatberechtigt zu werden, ihn keine von außen auferlegte Pflicht gezwungen hat, zu dem ihn aber ein unabsehbarer Zug des Innern drängte, leitete und trieb. Das war zu den Bauern, den deutschen Bauern.

In diesen vierundzwanzig Jahren ländlichen Erlebens sind von den Bauern Sonderart und Weise, von ihrer verschlossenheit, ihrer besonnenen Liebe zum Herkommen, ihrer Achtsamkeit vor dem erarbeiteten, ererbten, erdichten, festen, fest, von ihrem Fleiß, Sparsam und Tüchtigkeit, ihrer Weitläufigkeit und auch von ihrer Prohorei und verhärgtenem Gedanke, von ihrem Umgang in Liebe und Hoh, von ihren Kleidchen und doch die Grenze des Wunderbaren kreisenden Schickalen so weit in ihr hinübergestrichen, von ihm mitgelebt, mitempfunden und mitverlebt worden, daß er unfähig bleibt, wie es dem Dichter möglich geworden ist, diese erdrückende Fülle Jahrzehntelang anzufangen, aufzupfeilen und anzusteuern. Nun er als Ge-

schichtler verausgabt, was er als Erleber empfing, braucht sein Erzählertum daher mit der Gewalt eines Sternes, dessen Kraft sich an den Schleifen der Jahre nicht gebrochen hat. Der geistige Mann, der achtunddreißigjährig zur Feder griff, begründet mit dem ersten Bauernroman einen Erfolg, der in so sichem Grunde wurzelt, daß er mit jedem neuen Werk in die Tiefe geht und neuer Sichtweise auf die alte Erzählung bringt. Der geistige Mann, der achtunddreißigjährig zur Feder griff, begründet mit dem ersten Bauernroman einen Erfolg, der in so sichem Grunde wurzelt, daß er mit jedem neuen Werk in die Tiefe geht und neuer Sichtweise auf die alte Erzählung bringt. Der geistige Mann, der achtunddreißigjährig zur Feder griff, begründet mit dem ersten Bauernroman einen Erfolg, der in so sichem Grunde wurzelt, daß er mit jedem neuen Werk in die Tiefe geht und neuer Sichtweise auf die alte Erzählung bringt.

Hinter den schlichten Gestalten und Schicksalsverläufen liegen Fragen auf, die über das Bauerntum hinaus den Menschen angehen. Zur Höhe urmenschlicher Mythen erhebt sich die Bauerngemeinde der Köhler, die in den Länden aus dem Dreizentrale in die Geschichte zweier Bauernhöfe verkehren sind. Der Schulze von Wolfsberg in Hagen beschreibt sein Leben, das die Leitung eines vom Traum verführten Dorfes erfüllt. Die besinnliche Kraft die-

Sport

Katholisches Seminar — D. J. R. Nord: 7 : 1 (8 : 1). Schenkpässlin: 3 : 2. R. S. B. spielle seit längerer Zeit wieder einmal gegen auswärtige Gäste und zwar hatte es sich die D. J. R. Dresden-Nord verpflichtet. Auf dem Kasternhofe der Zisterzienser wurde den Zuschauern ein jederzeit spannendes Spiel geboten.

Aufstellung R. S. B.: Jüttner; Lepis, Kochel; Klemann, Herklotz, Mechela; Pöhl, Theurich, Lorenz, Kaliner, Klichowicz. Spielverlauf: D. J. R. legte sich gleich richtig ins Zug und konnte auch bald nach Anfang seines ersten und einzigen Treffers erzielen. Daraufhin gleich Klemann durch einen schönen Fernschuh in die ebere, rechte Ecke aus, für den Torhüter unholbar. Eine Minute später geist Seminat durch Lorenz schon in Führung. 10 Minuten darauf erhält Kaliner das Resultat auf 3 : 1. Gleich nach Halbzeit zeigt D. J. R. ein glänzendes Spiel, wodurch das Tor des R. S. B. doch bedrängt wurde. Doch der gute Torhüter Jüttner hält auch die gefährlichen Bogen. In diesen 20 Minuten zeigt D. J. R. eine schönes Kombinationspiel, das aber in der übrigen Spielzeit vollkommen fehlte. Gute Technik zeigen die einzelnen Leute, aber es fehlt noch an dem richtigen Zusammenspiel. Während der letzten 20 Minuten konnte R. S. B. noch omermal einspielen und zwar durch Theurich, Kaliner, Pöhl und abermals durch Theurich. Unter den 7 Toren, die R. S. B. schoss, war ein 11-Meter-Pall. R. S. B. war in diesem Spiel nicht in seiner sonst so gewohnten Form, wohl ein Zeichen der langen Spielpause. Besonders klapperte es nicht so recht in der Vertheidigung. Die besten Leut auf dem Felde waren bei D. J. R. der Verteidiger Tormeyer. Bei R. S. B. waren die besten,

Jüttner, Klemann und Theurich. Der Schiedsrichter Hermann Hördler war dem Spiele ein einwandfreier Leiter. H.S.

In die Fremdenlegion gezwungen

Aussig a. E., 12. Jan. Ein armer Student der Elbstadt Aussig namens Rehnelt hatte seine Studien an der Wiener Handelsakademie wegen Geldmangel unterbrochen und eine Stellung in Straßburg annehmen müssen. Dort angelangt wurde er trotz des Vertrages eines ordnungsmöglichen Passes verhaftet, verhört und zwangsweise in die Fremdenlegion eingereiht, worauf er mit vielen anderen nach Saïda transportiert wurde. Nach durchbaren Quellen bei Monatlicher Abreitung ging es an die marokkanische Front, wo das Bataillon fast ganz aufgerieben wurde. Beim Fluchtversuch wurde Rehnelt von einem Offizier mit dem Säbel in die Brust gestochen und so schwer verletzt, daß ihn das Säbel für den Rest untauglich erschien. Nach vielen Qualen ging es endlich über Marseille nach Paris. Das französischstädtische Konsulat zeigte sich sehr lärmisch und so mußte der arme Kranke mehr oder weniger durch Betteln seinen Unterhalt erwerben und meist zu Fuß den Weg über Deutschland nach Böhmen zurücklegen, wo er über Eger herein kam. Mittellos und krank fand er nun in großer Not in seiner Heimatstadt Aussig.

Amliches Lohnabrechnung. Zur Berechnung der Lohnneuer werden amliche Tabellen herausgegeben, aus denen für jeden Lohnbetrag und jeden Familienstand die Steuer abgelesen werden kann. Sie sind getrennt für monatliche, wochentliche, tägliche und zweistündliche Zahlung. Ver-

trieben werden die Tafeln ausschließlich durch die Reichsbüroderie in Berlin SW. 68, Oranienstraße 91, Postlehrrechnung Berlin 4. Bestellungen sind unmittelbar an die Druckfachverwaltung der Reichsbüroderie zu richten. Die Versendung erfolgt gegen Vorreiszahlung des Preises oder Nachnahme. Der Preis beträgt für monatliche Lohnabrechnung sowie tägliche und zweistündliche Zahlung je 25, für wochentliche 50 Pf. Bei Abnahme von mehr als 100 Stück der gleichen Art ermäßigt sich der Preis nach Vereinbarung mit der Reichsbüroderie.

Darlehen an Studenten. Der Reichsverband akademischer Kriegsteilnehmer teilt mit, daß er infolge eines Abkommens mit der Kreditgemeinschaft gemeinschaftlicher Selbsthilfegesellschaften Deutschlands in Berlin in der Lage ist, gegen Sicherheit und mäßigen Zinsfuß in Südl. eine besonders schwere Schädigung durch den Krieg nachgewiesen werden kann, produktive Darlehen an niedermiliche Kriegsteilnehmer zu verleihen. Es kommen nur solche Akademiker in Frage, die in den beiden letzten Semestern vor den Prüfungen stehen oder die nach dem Abschluß der Prüfungen die Mittel zur Aufhaltung der erforderlichen Berufsausbildung benötigen.

Deutsches Olympia-Museum — Olympia-Museum Stockholm. Die in Stockholm gezeigte Ausstellung „Der Mensch“ hat ein so großes Interesse in allen schwedischen Volkskreisen gehabt, daß das Schwedische Volk Kreuz beßlossen hat, eine dauernde Einrichtung an dieser Stelle in Stockholm zu schaffen. Bereits im Frühjahr 1926 hofft man, ein Gebiet über Kindergarten in Stockholm unterzubringen.



**Katholischer Gesellenverein
Dresden-Oll**

Gründet 1924

Montag den 8. Februar 1926
im großen Saale von Hammers Hotel, Augsburger Str. 7

Faschingsfeier
im Kreise der Kolpingfamilie
Humor + Ball + Theater

Eintritt 1/2 Uhr Eintritt 0,50 M. Beginn mit Ball 7 Uhr
Um zahlreichen Besuch bitten

Der Gesamtvorstand.

Dramatisch-Literarische Abt. des Vereins der Katholiken — Volksverein Dresden-Schlesien
Sonntag, den 24. Januar 1926 im Saale des Katholischen Gesellenhauses, Käufertstraße 4

Bunter Abend
zum Besten kath. Jugendpflege bestehend aus
Theater Vorträgen Tanz
Einlaß 1/2 Uhr Eintritt 60 Pf. Anfang 6 Uhr

Verein Katholischer Kaufleute (jur. Person)
Leipzig

Einladung zu der am Donnerstag den 14. Januar 1926 abends pünktlich 8 1/2 Uhr im „Hotel Deutsches Haus“, Königsplatz, stattfindenden

ordentlichen General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Bericht der Kassierer und Rechnungsprüfer.
3. Bericht der Jung-Merkuria.
4. Erklärung der Kassierer und des Gesamtvorstandes.
5. Neuwahl des Vorstandes.
6. Bestätigung der in den Vereinsitzungen vorgenommenen Wahlen zu den Ausschüssen und Neuwahl derselben.
7. Festsetzung der Vereinsbeiträge.
8. Anträge.
9. Verschiedenes.

Der Vorstand.
Johannes Aureden, 1. Vorsitzender.

**Gemeinnütziger
Wohnungsausstausch u. Zimmervermittlung
des Hausfrauenvereins von Dresden und Umgebung**

Winckelmannstraße 4

Göttingen Mittwoch 4 — 1/2, Sonnabend 10 — 1/2 Uhr

Stadtgemeinde Schirgiswalde

Stadtverordneten-Versammlung
Donnerstag den 14. Januar 1926, abends 8 Uhr
im Sitzungssaal des Rathauses.

Tagesordnung:
1. Mitteilungen.
2. Neuwahl des Stadtverordneten-Vorsteher und seines Stellvertreters.
3. Jahresbericht 1925.
4. Stadtausserordnungselegierung 1924/25.
5. Wasserzinsabrechnung best.
6. Wollhandarbeiten.

Schirgiswalde, am 11. Januar 1926.
Der Bürgermeister.

**Kostenloser
Wohnungsaus-**

Handrack
Dresden, Stephanienplatz 4
Fernspr. 32018 · Filiale: Dr. Kl. Zschachwitz.
**MÖBELTRANSPORT,
SPEZIATION · LAGERUNG.**

Saxonia-Buchdruckerei 6. m. b. h.

Dresden-A. 16
holbeinstraße 46

liefer

Moderne Werbedrucksachen
Buchdruck-Qualitätsarbeiten
Buchdruck-Massenarbeiten

Kostenanschläge und Entwürfe
bitten wir unverbindlich einzufordern

**Im Handumdrehen
heißes Wasser überall!**
Heißwasser-Gasanomat und Gasbadeofen
Leistungsfähiges Heißwasserapparate für Bad, Schlafzimmer, Küche, Toilette.
Vorführung vollkommen unverbindlich!
Heinrich u. Paul Giele
Inh. Paul Giele
Sanitäre Anlagen, Bauklemperer
Dresden, Neuegasse 22 — Fernp. 26574

Thüringer Hof in Leipzig

Gurgstraße 19/23

Historisches künstlerisch ausgestattetes Haus
mit vorzüglicher Verpflegung

Ausschank von feinstem Würzburger Hofbräu

Verstand in Flaschen und Gebinden

18694 Fernsprecher 22435

Es empfiehlt sich A. Herrmann

Jan., neues Modell männl. die Bekleidung ist eine gediegenes anständiges Etu-

zwecks Meirat.

Weil, Antritt ein erneut unter C 6 990 an die Kleiderstube d. Geschäftlichen Photo Zeitung.

Hübsche Schlafstelle

sofern auch als ein ab
sonderbare Stube zu ver-
mieten. Fettmutter ist vom Wetter fest zu stellen.

Anton Moerg.

Dresden-A. 22, Beutig-
straße 54, II.

THEATER-

stücke, Couplets

Lustspiele, Schauspiele, Singspiele usw.

Mit Ausw. bis 12. Januar
diese nem. Kataloge erneut und frisch

Bernhard Kleine

Paden

STEFORAS THEATER

Opernhaus

Tod und Verklärung
Josephine-Linde (1/2)

Richard Strauss u. W.

Pommeria

Salome (1/2)

(Richard Strauss e. B.)

Unterdrückte B.

Schauspielhaus

Wittmann

Mein Freund Teddy (1/2)

Wittmannsche B.

Pommeria

Der Pavian (1/2)

Wittmann

Gefäßt. Schaukelstuhl

Frau Melle (1/2)

G. B. A. Mr. 1. 301-400
und 6-01 600

Lady Frederick (1/2)

G. B. A. Mr. 1. 301-3900
und 600-6200

Pommeria

Lady Frederick (1/2)

G. B. A. Mr. 1. 301-400
und 6-01 600

Resident-Theater

Wittmann

In Waldmännins. Seeh (1/2)

Der Orlow (1/2)

Goldspiel Eva Seldl, Berlin

Donnerstag

Der Orlow (1/2)

Goldspiel Eva Seldl, Berlin

Neues Theater

in der Kaufmannshof

Wittmann

Der Zerrissene oder Die un-

verhoffte Wasserrinne (1/2)

Donnerstag

Der Zerrissene oder Die un-

verhoffte Wasserrinne (1/2)

Central-Theater

Wittmannlich 8 Uhr

„Uschi“

Gottip. der Gilbert-Tournee

Gymnas Chalia-Theater

Wittmannlich 8 Uhr

Vorstellung

Theater am Walaplatz

Heute und folgende Tage

Er und seine Schwester (1/2)

Regina-Palast

Täglich 1/2 Uhr

Das große Program

Täglich 4-Uhr-Tee

Bei freiem Eintritt

1926

Historisches künstlerisch ausgestattetes Haus
mit vorzüglicher Verpflegung

Ausschank von feinstem Würzburger Hofbräu

Verstand in Flaschen und Gebinden

18694 Fernsprecher 22435

Es empfiehlt sich A. Herrmann

Brauchen Sie Schuhe?

Ich habe Auswahl

Große Lager, billige Preise

Sonnagschuh

Arbeitsstiefel und -Schuhe

Holz-Gummischuhe und -Stiefel

Adolf Hörschmidt

Dresden, Rosenthalstraße 29b

Historisches künstlerisch ausgestattetes Haus
mit vorzüglicher Verpf

Rückzugsgesetze

Von Studienrat Dr. Hermann Rolle, Baunen

Wie völlig verfahren in Sachsen die Situation der Volkschule ist, das wurde wieder einmal scharf beleuchtet in den Verhandlungen des Sächsischen Landtages über den neuen Reichsschulgesetzentwurf. Volksbildungsmittel Dr. Kaiser, der in bemeckerten Wörtern zur Schulfrage Stellung nahm, sprach ohne alle Beschönigung von den entsetzlich verfahrenen Verhältnissen in Sachsen, die immer wieder jeden Tag Empörung auf der einen oder anderen Seite hervorruften, und von der Notwendigkeit, „endlich einmal zu einer gewissen Klarheit, zu einer gewissen Befriedigung zu kommen“. Er sprach weiter von dem starken Misstrauen in Elternkreisen, das teilweise nicht unbegründet sei, von den Klagen aus dem Lande, dass man hier und dort die Kinder in einem Geiste unterrichte, der den Eltern nicht genehm sei; es sei unbedingt nötig, eine Form zu finden, die das Misstrauen der Eltern beseitige. Deutlicher noch bezeichnete den Hauptgrund der ganzen unhaltbaren Situation, in der sich gegenwärtig das sächsische Volksschulwesen befindet, der deutsch-nationale Abgeordnete Siegert, indem er erklärte: „Wir haben in Sachsen eine wettliche Gemeinschaftsschule mit außerlich angehängtem Religionsunterricht, ... als staatliche Zwangsschule die wettliche Schule, die Schule, an der der Religionsunterricht nur ein verhältnismäßig geringem Umfang unter beherrschender Religionsunterricht im Sinne von Artikel 149 Abs. 1 der Reichsverfassung, dagegen meist entnommen im Sinne der bekannten Zwickauer Theorie oder noch freier als höher religiösgeschichtlicher Unterricht erzielt wird. Wenn der Minister selbst feststellen möchte: „Eine Konfession ist aus der Schule herausgedrängt worden (er meinte damit die evangelisch), der Katholizismus aber ist dein geblieben“, so ist damit ein gestanden, in welche Gewissensnot evangelisch-gläubige Eltern durch den Radikalismus eines großen Teiles der Schriftschaft gebracht worden sind, zugleich aber auch zugegeben, dass die katholische Lehrerschaft an der religiösen Gesamtorientierung der Erziehung auch in den Tagen, da diese am leidenschaftlichsten umstritten war, unerschütterlich festgehalten und so jenen unbeholfenen Zwist zwischen Schule und Elternhaus vermieden hat, der auf der Seite der andern Konfession die Schule in eine so unhaltbare Lage gebracht hat. Wollte man den Gründen nachfragen, auf die es zurückzuführen ist, dass die evangelische Schule in Sachsen durch die Revolution bis auf ihre Fundamente erschüttert worden ist, während die katholische Schule auch diesem Sturm standgehalten hat, so müsste man einmal den Verlauf aufrollen, den die Entwicklung der liberalen Lehrerschaft bis hin zum Sozialismus und Kommunismus genommen hat, zum anderen aber die Momente darlegen, die in dem Weltanschauungsstandpunkt des Protestantismus selbst als einer solchen Entwicklung förderliche Kräfte verborgen liegen. Wenn in Sachsen nach dem Worte des Ministers der Katholizismus noch in der Schule drin geblieben ist, so ist dies durchaus eine Wirkung seiner eigenen Kraft, nicht aber das Modengeschenk einer schonenden Behandlung der katholischen Schulen während der Zeit der sozialistischen Schulherrschaft. Was Dr. Kaiser einem so fanatischen Gegner christlicher Schulerziehung, wie es der Abgeordnete Arzt ist, über die Kraft seiner schulpolitischen Parole: „Weg mit der Konfession aus der Schule!“ gefagt hat, das Wort: „Diese Konfession (der Katholizismus) hat der Sozialismus aus der Schule nicht herausbringen können“, das dürfen die Katholiken Sachsen als Anerkennung sowohl ihres entschiedenen Eintritts für die Rechte ihrer Schule in dem ihnen aufgezwungenen Kampfe als auch der Wehrhaftigkeit ihrer Westanschauung mit einer gewissen Genugtuung hinnehmen.

Dass freilich der Kampf um die christliche Schule in Sachsen trotzdem noch lange nicht zu Ende ist, hat gerade die Landtagssitzungen über den Reichsschulgesetzentwurf wiederum mit aller Deutlichkeit gezeigt. Dass die sozialistisch-liberalen Mehrheit den Referentenentwurf ablehnen würde, hätte jedes Kind voraus sagen können. Wenn auch die Deutsche Volkspartei dem demokratischen Ablehnungsanträge zustimme, so will es wiederum als nahezu selbstverständlich erscheinen, dass diese in Sachsen keine größere Liebe für die Vokantinsschule ausübt. Wer mag, als dies der Partei im Reiche möglich ist. So blieben einzig die Deutschen Nationalen, die sich für den Entwurf einsetzen. Von besonderem Interesse war die Begründung, mit der die Sozialdemokratische Partei ihre ablehnende Haltung rechtfertigte, nicht ob der Tiefe der pädagogischen Weisheit, aus der hier geschöpft wurde, sondern wegen der höchst demerkenswerten schulpolitischen Schwenkung, die hier gewissemaßen amtlich bekanntgegeben wurde. Einem der Allerunentwegtesten,

dem Abgeordneten Arzt, war diese immischin einigermaßen peinliche Aufgabe zugefallen. Und man kann es dem alten Borkämpfer der religiösen wettlichen Zwangsschule nachfühlen, dass es ihm nicht ganz leicht geworden ist, nach sieben Jahren hartrückigsten Kampfes für dieses Schulideal die gegenwärtige undurchführbarkeit dieser Forderung eingestehen zu müssen. Und so segte sich dann der mit dem Befehl zum Rückzug beauftragte Herrscher noch einmal in Positur, schwung kühn und stolz die Kriegsfahne der wettlichen Schule: die religiöse Frage müsse in der Schulerziehung „völlig ausgeschafft werden“, und „wie stehen also durchaus auf dem Standpunkte, dass wir uns für die Propagierung der wettlichen Schule einsetzen werden? – um dann die soeben in schöner Theaterpose entfaltete Fahne wieder einzuziehen und mit einem recht beschämenden Ein geständnis die ganze utopistische Schulpolitik der letzten Jahre als eine wenigstens für die Gegenwart unmögliche zu wider rufen. Das und nichts anderes bedeutet es, wenn der Abgeordnete Arzt von jenen pathetischen Bekundungen wieder in die nächterne Welt der Realitäten zurückkehrt und nun resigniert eingestehen muss: „Wenn es sich freilich (!) um die Gefehlsgabe handelt, dann sind wir an das gebunden, was in der Weimarer Verfassung vorgesehen ist, und das heißt, dass wir uns mit aller Energie dafür einsetzen, dass man diesen Geist der Weimarer Verfassung in keiner Weise verrückt und dass man die Bekanntschaftsschule einflieht, die Simultanschulen, die heute bestehen, verdrängt und überhaupt die Gemeinschaftsschule zur Unmöglichkeit macht. Wir werden also rücksichtslos verluchen, das zunächst (!) durchzuführen, was in Weimar beschlossen worden ist.“ (Satzes endständnisse scheinen auch die Sprachlogik gelegentlich zu verirren!)

Wer seit Jahr und Tag den Kampf der Radikalen für die wettliche Pflichtschule ohne Religionsunterricht verfolgt und dabei die keiner Lehrengang zugehörige Selbstsicherheit dieser extremen Schulpolitiker zu beobachten Gelegenheit gehabt hat, der kann sich nur schwer einer gewissen Schadenfreude erweichen, wenn er jetzt solche Eingeständnisse vernimmt, wie sie hier der Unbekleidbarkeit einer nach Jahren unerlässlicher blindester Reform schwärmerei notgedrungen machen muß. Derseher Herr Arzt, der jetzt so verschämt zum Rückzug läuft, hat eins, als er eben zur Würde eines Bezirksschulrats von Dresden emporgestiegen, oder vielleicht richtiger gesagt: durch die Gunst der Verhältnisse emporgetragen worden war, auf einer amüslichen Haupthonferenz, die ihm unterstellten Lehrer zur Verliererhaltung darüber verpflichteten wollten, was jeder einzelne von ihnen für die Ausbreitung der Idee der wettlichen Schule getan habe – und jetzt hat er sich endlich zu der Erkenntnis durchgerungen, der er allerdings nur in sehr vorsichtiger Durchführung, der er allerdings, auf seine eigene Weise vorsichtig Ausdruck zu geben wagt: dass dieses Ideal der wettlichen Pflichtschule, in dessen Dienst der einzige Schulgewaltige alle seine Untergaben zu bringen wolle, mit dem „was in der Weimarer Verfassung vorgesehen ist“, schlechtedings unvereinbar ist. Es hat keilicke lange Zeit gebraucht, bis den Verfechtern der wettlichen Schule die Einsicht ausdämmerete, dass auch sie, wo es sich „um die Gefehlsgabe handelt“, „an das gebunden sind, was in der Weimarer Verfassung vorgesehen ist“. Und wenn diese „Wettlichen“ jetzt sowohl kuriert sind, dass sie vor aller Offenlichkeit verbieten, dass sie sich „mit aller Energie dafür einsetzen“ wollen, „dass man diesen Geist der Weimarer Verfassung in keiner Weise verändert“, so wollen wir mit Genugtuung diese Rücksicht der Kunst registrieren, wenn es uns auch gleichzeitig geboten erscheint, der weiteren Entwicklung jener Konjunkturpolitischen mit der nötigen Reserve und entsprechender kritischer Vorsicht zu folgen.

Das die Dinge einmal diese Wendung nehmen würden, haben wir wiederholt vorausgesagt. Einer besonderen Propheteiung bedurfte es dazu keineswegs. Die innere Vog's der Dinge musste von selbst früher oder später auf eine derartige Korrektur einer jeder Realpolitik völlig entfremdeten schulpolitischen Utopisterei hinauftreiben. Und doch scheint es uns auch nach dem offensichtlichen Einlenkungsversuch des Abgeordneten Arzt klug getan, mit aller Vorsicht zu fragen, welche Bedeutung solchen Äußerungen für die weitere Haltung der radikalen Lehrerschaft wohl zu kommen. Ist das bereits die Ankündigung eines nun auch von diesen Leuten als unabwendbar eingeschlossenen Programmwechsels? Ruft Herr Arzt damit offiziell die Programmrevision für den sächsischen Lehrerverein aus? Bekennen sich diese Lehrerorganisation, die sich so unbedingt wie keine andere Landesgruppe des Deutschen Lehrervereins auf die Forderung der religiösen wettlichen Einheitschule festgelegt hat, nunmehr zu der gemeinsamen Schule des Artikels 146 Abs. 1 der Weimarer Verfassung, zu der Gemeinschaftsschule, die noch Artikel 149 Abs. 1 beherrschungsmäßigen Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach hat? Wer Religion und Bekennnis, die aus der Gemeinschaftsschule der Weimarer Verfassung eben nun und nimmer hinausgewiesen werden können, mit solcher

Leidenschaftlichkeit und solchem Fanatismus bekämpft, wie dies die Männer vom Sächsischen Lehrerverein bis auf den heutigen Tag tun, kann der sich mit voller innerer Überzeugung zu der verfassungsmäßigen Gemeinschaftsschule bekennen und der Welt glauben machen, dass sie nun der Gegenstand seiner wahren Liebe und die Erfüllung seiner Herzengesinnungen? Jener blonde Extremismus, der sein „Kulturprogramm“ in die Wolken hinein ziehne und der jede Fühlung mit den wirklichen Gegebenheiten der tatsächlichen Schulpolitischen Kräfte verloren hatte, hat sich mit seinem Hass gegen Religion und Christentum zugleich auch den Rückzug zu einer anderen Stellung abgeschafft, die er noch mit ethischen Waffen verteidigen könnte. Wie können die Fanatiker rein weltlicher, völlig religiöser Schulerziehung mit guten Gewissen und reinen Händen sich die Gemeinschaftsschule einsetzen, in der die Religion in beherrschungsmäßiger Ausprägung wenn auch nicht den Ehrenplatz, so doch weitestgehend die Geltung eines „ordentlichen Lehrfaches“ inne hat? Sehr richtig demerkt der neue Sächsische Schulzeitung, das Organ des Neuen Sächsischen Lehrervereins, die seit Jahresfrist einen ehrlichen, eifernen Kampf gegen den sächsischen Schul- und Lehrerradikalismus führt, zu den Eingeständnissen des Abgeordneten Arzt: „Darüber darf sich niemand täuschen, dass die mit einem Male so tapfer vertretenen Gemeinschaftsschule mit proletarischen Freidenkern und Kommunisten und Linkspolitikern nicht geschaffen werden kann.“ (Nr. 21, S. 4) Wenn man's bei Licht sieht, ist es schließlich auch keineswegs ein völliger Umsturz oder eine endgültige Absehung an die Ideale von gestern, vorüber wie uns zu freuen Grund hätten. Denn: nur „unmöglich“ wird man durchzuführen, was in Weimar beschlossen worden ist.“ Darüber hinaus, so verklendet der Prophet weiter, „werden wir aber fortgesetzt in der Bevölkerung dafür arbeiten, dass die Gedankengänge, die wir für die richtigen halten, allmählich Eigentum der Bevölkerung werden“, und er sieht schon den Zeitpunkt heranreifen, „wo wir eine Schulgesetzgebung bekommen, die auf die Ziele eingestellt ist, die wir für die Schulgesetzgebung gestellt haben. Wir wissen, dass die Zukunft auch in sozialistischer Belebung der Sozialdemokratie gehört“

Das ist deutlich genug. Also, heineswegs aus einer neu entdeckten Liebe sympathisiert man jetzt mit der Gemeinschaftsschule. Nicht das Herz gehört ihr; man will sich nur eben, weil man erst jetzt begreift, durch die Gesetzgebung an sie gebunden ist, sich vorläufig („zunächst“) mit ihr als einem notwendigen Uebel abfinden, um über diese Durchgangsschule hinweg schließlich doch zu seiner wettlichen Schule zu gelangen. Man lasse sich also durch die schöne Bühermine nicht täuschen! Es ist keine Gesinnungsänderung, die dahinter steht. Es ist nur ein Wechsel in der Taktik. Die offenen Frontangriffe haben bisher nicht zum Ziel geführt, wohl aber große Opfer gekostet in dem Verlust an Ansehen und Geltung des Lehrerstandes vor weitesten Kreisen der Oeffentlichkeit; darum scheint es ihm zu empfehlen, zu den Methoden des unterirdischen Münenkampfes überzugehen. Man sieht ja: der Lehrer macht die Schule. Warum soll er auch nicht instand sein, die Gemeinschaftsschule der Verfassung innerlich so auszuhöhlen, dass daraus, ganz ohne Aufsehen zu erregen, eine wettliche Schule wird? Man sage nicht, solche Vermutungen seien böswillige, grundlose Verdächtigungen. Wehr als einmal hat der sächsische Schulradikalismus, offen und geheim, mit diesem gefährlichen Gedanken der Sabotierung der staatlichen Schulgesetzgebung durch die Lehrer gepflegt. So, als die ministerielle Denkschrift über die Mängel der sächsischen Volksschule im Landtag zur Debatte stand, eben dieselbe Abgeordnete Arzt, der sich jetzt mit der Gemeinschaftsschule der Verfassung „zunächst“ abfinden will. So erst kürzlich ein namenloser Vertreter in der Sächsischen Schulzeitung, der in einem außerordentlich beachtenden Artikel unter dem Thema „Macht“ sich zu folgenden geraden herausfordernden Neuinterpretationen versteigt: „Sie (die Lehrerschaft) sieht die Macht in Ihrer Zahl, in Ihrem Zusammenschluss und Ihrer steten Durchdringung... Sie weiß, dass sie nicht ausgelöscht werden kann, dass sie schließlich die Entscheidung fällt, ob Kirchenschule oder nicht; denn ohne sie kann niemand eine Schule machen. Seien wir uns dieser Macht bewusst, ohne viel Aufhebens und grobe Reden.“ (Nr. 37, vom 18. November 1925, S. 706). Das wagt dieselbe Lehrerschaft zu sagen, die in der Theorie die Schule als alleinige Verantwortung des Staates erklärt und die eben dies als den Vorzug ihrer schulpolitischen Forderungen hinstellt, dass sie die Schule als Sache des Gesamtvolkes ansieht! Doch sie scheint im verschwiegenden Kämmerlein ihres Herzens einer Staatsausübung zu huldigen, die heute im Ernst niemand mehr theoretisch vertreten kann, der aber gleichwohl so viele Wortführer der Demokratie und Volksfreiheit praktisch nachleben; denn hinter solchen Neuinterpretationen steckt zuletzt nichts anderes als der brutale Machtkampf des Absolutismus: „Der Staat bin ich!“ Und: „Duldung? Gewissensfreiheit? Das Recht der Erziehungsberechtigten? Durch die „Apofel der Freiheit“ ist die wahre Freiheit noch immer am gewalttätigsten niedergetreten worden. Durch die Lehrer, die so begeistert von der „Freiheit der Schule“ zu reden wissen und die zuweilen so auf ihre Macht pochen, so brutal und – so unvorstichtig, wird für die Schule das goldene Zeitalter der Freiheit nimmermehr heraufziehen! Aber auch dem Volk, der jetzt im Schalsleib einherstreitet wird das Volk so leichten Rauses nicht seine Schule ausspielen

Die Goldwäscher am Klondike

Roman aus der Zeit der großen Goldfunde

In Kanada und Alaska.

Von Emil Droosberg.

Copyright durch Wilhelm Goldmann, Verlag, Leipzig 1925.

(5. Fortsetzung.)

Und niemand zweifelte daran, dass Evans die Wahrheit gesprochen hatte. Es stand ja hin und wieder vor, dass einer oder einige von großen Goldfunden in einer Gegend berichtetet, wo irgend ein gaunerischer Bandit Gangpläne zu phantastischen Preisen zu verkaufen wünsche. Und sie gingen dann oft auch so weit, dass sie vor den Augen etwaiger Zweifler auf ihrem Claim Gold aus der Erde wüschen, das sie vorher erst hineinpraktiziert hatten.

Verschiedenen war es dabei auch schon recht schlecht ergangen, denn ein erfahrener Goldwäscher ist in der Lage, nach Farbe und sonstigen Merkmalen festzustellen, aus welcher Gegend eine bestimmte Sorte Gold stammt. In diesen Fällen war das Gold als von anderen Gangplänen stammend erkannt worden – mit den erwähnten unerfreulichen Resultaten für die Betreiber.

Das aber kam bei Evans nicht in Frage. Er hatte zwar den Ruf, dass er sich bei jedem Geschäft stets den grüheren Vorteil zu sichern wünsche, und das war mit Recht oder Unrecht so oft ausgeprochen worden, dass man auch in den Fällen, wo er ohne erkennbaren Vorteil einem Bedrängten aus unverschuldetem Rot geholfen hatte, stets vermutete, er müsse doch irgendwelche geholten Vorteil dabei gehabt haben – aber bei allem galt er doch als auerwändig und ehrlich.

Außerdem hatte er den Beweis für seinen Fund mit sich gebracht, und die Menge, die der Bartender aus seinem Beutel abgewogen, war bereits von mehreren Prospektoren aus reiner Neugier und keineswegs aus Misstrauen genau geprüft worden. Auch der Bartender selbst, durch dessen Hände mehr Goldstaub ging, als vielleicht durch die manches erfolgreichen Prospektors, erklärte, dass es von einem neuen Gangplätz stamme.

Kein, es war kein Zweifel an der Sache.

Die Vergangenheit mit ihrem steinlichen, mühsamen Min gen um steinkalte Gewinne war vorüber. Morgen fehlte dann die Zukunft.

Mit dem Morgengrauen würde Dawson von der Hälfte seiner Bewohner verlassen sein, aber aus dem umliegenden Distanzen würden Sauerteige und Cheesefats herbeiströmen und es im Durchwandern doppelt und dreifach füllen. Die Preise würden steigen, jede Leistung ihren zehn- und hundertfachen Wert haben.

Und wenn dann erst die Welt da draußen von dem Boom hier Kenntnis erlangte!

Jedes, auch das unheimlichste Unternehmen hatte dann Gelegenheit, sich innerhalb weniger Wochen zum Großbetrieb zu entwickeln, denn in wenigen Monaten würde Dawson, dieses halbe Hundert Blockhäuser und Breiterbuden, das bisher so still und verschlafen in dem flachen Bildel dagelegen hatte, den der hier in den Juton mündende Klondike mit diesem zusammenhängen, eine Eith und Metropole mit tausend ungeheurem Gewinnmöglichkeiten sein, die über Nacht und ganz von selbst im Schwunge der Entwicklung, und ohne dass die Beteiligten dazu etwas beigetragen hätten, über sich selbst hinauswachsen würden.

Unter diesen Umständen war es begreiflich, dass nur einige wenige aus der Zahl der Gäste an den Spielstätten herantraten. Vielleicht waren es solche, denen das Geld für eine Ausdrüstung fehlte und die einsätzlich genug waren, hier eine Möglichkeit zu sehen, es sich zu verschaffen. Vielleicht auch solche, die an vergangenen Abenden ihr Geld hier verloren hatten und nun den törichten Versuch machten, es wieder zu gewinnen.

Während dieser Zeit hatte der Mann am Klavier versucht, das laute Stimmengewirr der Gäste mit seinem Spiel zu überdrücken. Dazwischen klang in abgebrochenem Rhythmus das Stampfen der Tanzenden aus dem Neberraume herein.

Dann, ziemlich unvermittelt, wurden die Töne des Instruments schwächer – und dann – es war ein lautes, gurgelndes Aufstöhnen, das mit einer scharfen Distorsion das Spiel fast zu Ende brachte – Mit einem Blutstrom, der in bläsem Strahl aus seinem Mund quoll, sank der Klavierspieler von seinem Stuhl.

Mehrere der Gäste waren sofort hinzugesprungen und bewahrten ihn davor, zu Boden zu gleiten.

„Legt ihn auf das Sofa dort!“ rief Evans, der eben mit seiner Tänzerin in der Tür nach dem Neberraume erschien.

Während die beiden anderen Mädeln, die sich mit ihren Partnern in das Trinkzimmer drängten, sich von dem Andlau des Blutes schaudernd abwenden, traten Peggy und Evans zu dem Sterbenden, um Hilfe zu leisten. Auch

der Bartender kam schon herbei mit einer Schüssel Wasser und einem weißen Leinentuch. Peggy feuchte es an und wusch das Blut von dem Gesicht und der Kleidung des Un glücklichen.

Auf den Gesichtern mehrerer der Umstehenden zeigte sich ein Ausdruck des Mitgefühls. Wohl hatte sie das Leben dort gemacht; auch der Anblick von Blut war ihnen nichts Ungewöhnliches. Es hätte sie wahrscheinlich auch nicht im geringsten betrübt, wenn irgendwelches Blut hier zu förmlich einem Stärkeren begegnet wäre, oder wenigstens einem, der seinen Revolver schneller zu gebrauchen wußte und nun – wie das ja oft genug vorlängt – das Ende fand, das seinem Leben entsprach und ihm über kurz oder lang doch beschieden gewesen wäre. Hier aber war die Sache anders. Sie kannten den Mann, und der eine oder andere mochte wohl auch ahnen, dass es nicht allein die heillose Krankheit war, die ihn jetzt tötete, sondern dass er tief in der Brust ein Geld getragen. Tief in der Brust. Dieser noch, als von wo jetzt dieses Blut gekommen war.

Und welche Tragik, in dem Augenblick zu sterben, in dem ihm der Reichtum geworden war, für den sie alle hier ihr Leben einsetzen. Den Begräber von seinen Lippen gerissen zu sehen in dem Augenblitc, wo es ihm nach langem Schmachten endlich vergönnt gewesen wäre, den preisenden, süßen Lebenstrank in vollen Zügen zu schlürfen.

„Schnell, lauf einer zum Doktor!“ drängte Evans.

„Ich nicht zu Hause“, wurde ihm erwidert. „Er ist nach Pierzige-Mellen-Creek gefahren. Dort hat einer das Bett gebrochen.“

„Hier hilft auch kein Doktor mehr“, sagte Murphy leise zu Evans.

Der Sterbende schien es aber doch gehabt zu haben. Er schlug die Augen auf, aber der Blick war schon halb gebrochen.

„Peggy — meine Tochter —“

Er wandte sich an das Mädchen in der Menge der Umstehenden; denn er mochte wohl wissen, dass trotz des Lebens, das sie hier führte, das Weib in ihr nicht gestorben war. Hatte sie doch ihm erst noch ein paar Minuten zuvor den guten Kern in ihrer Natur offenbart. Aber noch ehe er ein weiteres Wort stammeln konnte, breitete sich die Starre des Todes über seine Gesichtszüge.

„Er hat ausgelitten“, sagt Evans leise.

(Fortschung folgt.)

Handel • Wirtschaft • Verkehr

Neuregelung der Vorauszahlungen für die Einkommen- und Körperheitssteuer

Berlin, 11. Januar. Das Reichsfinanzministerium teilt wegen der bevorstehenden Vorauszahlungsrate auf Einkommen- und Körperheitssteuer mit: Am 10. (wegen des Sonntags am 11.) Januar (Schonfrist 18. Januar) 1926 ist eine Vorauszahlungsrate auf Einkommensteuer und Körperheitssteuer fällig. Für die Pflichtigen, die nach dem Kalenderjahr steuern, ist es die letzte Rate für 1925 (und zwar für die Monate Oktober bis Dezember 1925). Die Vorauszahlungen sind durch das Steuerüberleitungsgesetz bereits weitgehend an die mutmaßliche Steuerschuld angepasst. Da jetzt aber ein abgeschlossener Steuerabschluß (das Steuerjahr 1925) vorliegt, hat sich der Reichsminister der Finanzen im Hinblick auf die Betriebsmittelknappheit der Wirtschaft mit folgender weiteren Anpassung einverstanden erklärt:

1. Buchführende Gewerbetreibende können eine vorläufige Jahresbilanz vorlegen und den Unterschiedssteuerbetrag, der sich nach der vorläufigen Jahresbilanz aus den bisher für 1925 geleisteten Vorauszahlungen ergibt, als leichte Vorauszahlung für 1926 einzahlen. Dabei können sie die Bewertungsvorschriften des Einkommensteuergesetzes anwenden. Für die Eröffnungsbilanz (11. Januar 1926) können einfacheinweise die Werte der Hohenbilanz eingesetzt werden, da die Werte für die Vermögenssteuer 1925 noch nicht feststehen. Auch müssen die Einkommensteuervorschriften über die zulässigen Abzüge §§ 15 bis 18 des Einkommensteuergesetzes, §§ 13 bis 18 des Körperheitssteuergesetzes beachtet werden.

2. Steuerpflichtige mit Einkommen aus Haushalt und Kapitalvermögen hatten schon bisher ihre Vorauszahlungen nach dem Ueberblick des Einkommens über die Werbungskosten zu zahlen. Es durften aber Abzüge für Abnutzung (bei Haushalt), ferner Schulden einschließlich Renten und Kosten, endlich Versicherungsrabatte und Kirchensteuern nicht abgezogen werden. Diese Steuerpflichtigen können dieses Mal auf einem besonderen Bogen ihr Einkommen unter Berücksichtigung der Abzüge ermitteln, die davon zu zahlende Einkommensteuer selbst berechnen und den Unterschiedsbetrag zwischen dem errechneten Gesamsteuerbetrag und dem bisher im April, Juli und Oktober 1925 geleisteten Vorauszahlungen einzahlen. Bei der Abzüglichung der Abnutzung des Haushaltseinkommens kann erstmals von dem Vermögenssteuerwert für die Vermögenssteuer für 1924 ausgegangen werden.

3. Wer als Einkommensteuerpflichtiger (nicht Körperheitssteuerpflichtiger) von dem Rechte zu 1. und 2. Gebrauch macht, kann, wenn sein Einkommen 10.000 Reichsmark nicht übersteigt, 550 Reichsmark als steuerfreien Einkommensteil abziehen. Lohnempfänger, die veranlagt werden, können 800 Reichsmark abziehen. Bei Sonderleistungen (Versicherungsrabatte, Ausgaben für Berufsbildung, Kirchensteuer usw.) können ohne Einzelnachweis 180 Reichsmark abgezogen werden; höhere Beträge müssen nachgewiesen werden. Für Verlierer können sind keinesfalls mehr als 480 Reichsmark für den Steuerabschluß fällig und je 100 Reichsmark für Eltern und jedes minderjährige Kind abzuweichen.

4. Der Taxif beträgt: von den ersten 8000 Reichsmark des Einkommens 10 nom Hundert, von den weiteren 4000 Reichsmark 125 nom Hundert, von den weiteren 4000 Reichsmark 15 nom Hundert, von den weiteren 4000 Reichsmark 20 nom Hundert, von den weiteren 8000 Reichsmark 25 nom Hundert, von den weiteren 18.000 Reichsmark 30 nom Hundert, von den weiteren 34.000 Reichsmark 35 nom Hundert, von den weiteren Beträgen 40 nom Hundert. Bei der Körperheitssteuer beträgt der Taxif grundsätzlich 20 nom Hundert.

5. Wer eine solche Gelerterklärung (wie zu 1 und 2) sehr nicht erhält, sondern seine Vorauszahlung für Oktober bis Dezember 1925 noch den an sich bestehenden Normen ohne Rücksicht auf die endgültige Schuld leistet, erleidet dadurch keinen reellen Schaden. Ein etwa erforderlicher Ausgleich findet dann bei der Veranlagung statt. Rücksichtnahme bei früheren Terminen zweit gezahlter Beträge erfolgt in jedem Falle auf Grund der Veranlagung, die im Frühjahr vorgenommen.

6. Die Verpflichtung zur Abgabe einer Steuererklärung bleibt in jedem Fall unberührt. Auch Nachzahlungen bleiben in jedem Falle vorbehalten. Wer zu wenig Vorauszahlungen entrichtet hat, wird ggf. dennoch Verzugszuschläge zu leisten haben.

7. Zur Vermeidung von Irrtümern sei darauf hingewiesen, daß auch solche Gewerbetreibenden, die in der ersten Hälfte des Kalenderjahrs 1925 abgeschlossen haben, am 10. Januar 1926 eine Vorauszahlung nach den Vorschriften des Steuerüberleitungsgesetzes und der Amelius Steuernotverordnung zu entrichten haben, wenn sie einen Steuerbescheid noch nicht erhalten haben. Haben sie ihn erhalten, dann ist nach Maßgabe des Be-

Bon der Leipziger Messe

Leipzig, 12. Jan. In der Sondergruppe für die gesunde Hygiene, Gesundheitspflege und Reisen, die auf den bevorstehenden Leipziger Reisefahrten im Rahmen der Technischen Messe stattfindet, wird auch die Wohnungs- und Süßwarensektion die Vorauszahlung erst im Februar zu entrichten.

Schokoladen
Confitüren
Kaffee

Therese Müller
Dresden-Alt., Weißeritzstr. 7

Dresdner Börse

Malein in Millionen Gros.

Großaufkäufe in Millionen Gros.

Deutsche Staatspapiere

1. Debitant... 0,82 0,38

2. - 0,28 0,37

3. - 0,17 0,05

4. - 0,221 -

5. - 0,002 -

6. - 0,002 -

7. - 0,002 -

8. - 0,002 -

9. - 0,002 -

10. - 0,002 -

11. - 0,002 -

12. - 0,002 -

13. - 0,002 -

14. - 0,002 -

15. - 0,002 -

16. - 0,002 -

17. - 0,002 -

18. - 0,002 -

19. - 0,002 -

20. - 0,002 -

21. - 0,002 -

22. - 0,002 -

23. - 0,002 -

24. - 0,002 -

25. - 0,002 -

26. - 0,002 -

27. - 0,002 -

28. - 0,002 -

29. - 0,002 -

30. - 0,002 -

31. - 0,002 -

32. - 0,002 -

33. - 0,002 -

34. - 0,002 -

35. - 0,002 -

36. - 0,002 -

37. - 0,002 -

38. - 0,002 -

39. - 0,002 -

40. - 0,002 -

41. - 0,002 -

42. - 0,002 -

43. - 0,002 -

44. - 0,002 -

45. - 0,002 -

46. - 0,002 -

47. - 0,002 -

48. - 0,002 -

49. - 0,002 -

50. - 0,002 -

51. - 0,002 -

52. - 0,002 -

53. - 0,002 -

54. - 0,002 -

55. - 0,002 -

56. - 0,002 -

57. - 0,002 -

58. - 0,002 -

59. - 0,002 -

60. - 0,002 -

61. - 0,002 -

62. - 0,002 -

63. - 0,002 -

64. - 0,002 -

65. - 0,002 -

66. - 0,002 -

67. - 0,002 -

68. - 0,002 -

69. - 0,002 -

70. - 0,002 -

71. - 0,002 -

72. - 0,002 -

73. - 0,002 -

74. - 0,002 -

75. - 0,002 -

76. - 0,002 -

77. - 0,002 -

78. - 0,002 -

79. - 0,002 -

80. - 0,002 -

81. - 0,002 -

82. - 0,002 -

83. - 0,002 -

84. - 0,002 -

85. - 0,002 -

86. - 0,002 -

87. - 0,002 -

88. - 0,002 -

89. - 0,002 -

90. - 0,002 -

91. - 0,002 -

92. - 0,002 -

93. - 0,002 -

94. - 0,002 -

95. - 0,002 -

96. - 0,002 -

97. - 0,002 -

98. - 0,002 -

99. - 0,002 -

100. - 0,002 -

101. - 0,002 -

102. - 0,002 -

103. - 0,002 -

104. - 0,002 -

105. - 0,002 -

106. - 0,002 -

107. - 0,002 -

108. - 0,002 -

109. - 0,002 -

110. - 0,002 -

111. - 0,002 -

112. - 0,002 -

113. - 0,002 -

114. - 0,002 -

115. - 0,002 -

116. - 0,002 -

117. - 0,002 -

</div

Sozialpolitische Umfrage

Unsere Aufgaben als Arbeitnehmer

Von E. Gallek, M. d. R.

Wieder liegt ein Jahr wirtschaftlicher und politischer Tätigkeit hinter uns und wir stehen am Beginn eines neuen Jahres. In dem wir verpflichtet sind, uns Rechenschaft abzugeben über unser Tun und Treiben in der hinter uns liegenden Zeit. Aber nicht nur Rechenschaft über das Gewesene sollen wir ablegen, sondern als denkende Menschen haben wir zugleich die Verpflichtung, unsere Wünsche nach vorwärts zu richten, um uns auch darüber Klarheit zu schaffen, welche Möglichkeiten bestehen, unser Schicksal in der Zukunft so zu gestalten, dass die innere Zerrissenheit, die immer größer werdende Verdrossenheit und Verbitterung breiter Massen unseres Volkes zum Schwund gebracht werden. Ein Jahr mühseliger Arbeit und gerade für die Arbeitnehmerschaft außerordentlich schwierige Geschehnisse liegt hinter uns, mit innerer Freude und Genugtuung kann aber festgestellt werden, dass die im Interesse unseres Volksgeistes geleistete Anstrengung nicht ganz ergebnislos war.

Vieler Arger, viel Kummer, viel Sorge, viel Not und Elend drohte das zu Ende gegangene Jahr, aber trotz dieser Misere wollen wir am Beginn des neuen Jahres nicht mutlos hinsichtlich bleiben, sondern erst recht mit aller Energie an die Belebung und Abstellung sowohl der wirtschaftlichen als auch politischen Schwierigkeiten herangehen. Trotz allem Höhnlings des vergangenen Jahres muss uns das Streben nach Höherem, Besserem und Vollkommenem erst recht, oder gerade deswegen befehlen. Jedes einzelnen von uns ist auf dieser unvollkommenen Erde eine Aufgabe zugeschrieben, jeder soll und muss arbeiten. Der eine auf diesem, der andere auf jenem Gebiete. Alles Leben müsste ja erkennen, wollte sich keine Hand mehr in eindringlich gleicher Mühe, kein Geist mehr regen. Wenn wir für uns und unsere Familien schaffen und sorgen und streben, schaffen wir für die Gesamtheit. Nur wenn wir unsere Arbeit in diesem Sinne ausüben, wird sie ertraglich und unser Leben in Wahrheit lebenswert. Der Erosion und Materialität steht im Gegensatz hierzu nur an sich. Er sieht sich rücksichtslos hinweg über die Interessen der Allgemeinheit, die hat ihm zu dienen und seinen Bestrebungen. Und doch steht fest, dass wir alle der Allgemeinheit verpflichtet sind. Dieses Gefühl des Verpflichtetseins ist die Voraussetzung einer Volksgemeinschaft der Tat, nicht einer schönen Gestalt. Darum müsste auch unsere heutige Einstellung zu den Lebensfragen des deutschen Volkes in dem Bestreben wurzeln, die inneren Gegensätze zu überbrücken oder mindestens zu mildern zu suchen. Über das Gegenstellt ist täglich zu beobachten. Im Augenblick ist die Regierungsbildung im Reich ein forendes Beispiel. Von zwei Seiten versucht man dem deutschen Volke den Klassenkomplexen einzuhämmern. Von der einen Seite, indem man die Arbeitnehmerschaft in einen inneren Gegenzahl zu allen anderen Ständen bringt, das heißt sie ständig als die Enterbten und aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßenen hinaufstellen besteht. Von der anderen Seite, indem man sich immer mehr und mehr von der Arbeitnehmerschaft loslässt, sie nur noch als Ausbeutungsobjekt betrachtet. Beides ist unserer innersten Überzeugung noch falsch. Muß hier schon rein äußerlich eine Absonderung bestimmter Volkskreise eintreten, so muß der von der Sozialdemokratie dogmatisch gepredigte Klassenkampf eine Verewigung der ganz natürlich vorhandenen Gegenseite bedeuten und herbeiführen. Klassenkampf will nicht verhindern, was getrennt ist, sondern die Vertiefung der bestehenden Gegenseite bis zum Unverträglichen. Das ist auch sicher nicht das Mittel, mit dem unserem Volke in Zeiten drückender Not geholfen werden kann.

Wir stehen dieser Ansicht gegenüber mit unserem Gemeinschaftsgeboten, das alle brüderlich umfassen soll und sich durchsetzen muss. Gemeinschaft spricht die Ketten der Einsamkeit. Gemeinschaft ist viel mehr als jene Gesellschaft, in der Wohlhaberentwicklungen die ausschlaggebende Rolle zu spielen berufen sind. Der Gemeinschaftsmensch hat den inneren Drang, hat das Verlangen, anderen zu helfen und wohltun. Es kommt ihm nicht dabei in den Sinn, etwas heraus ein Geschäft zu machen oder für sich Verdienste einzuhämmern.

In den letzten Jahren und Monaten wird in unserem deutschen Vaterland außerordentlich viel gesprochen und geschrieben über die Umstellung unserer gesamten Wirtschaft auf die amerikanischen Verhältnisse. Rationalisierung der Wirtschaft steht im Vordergrunde der Diskussion. Die Amerikanisierung hilft gegenwärtig ihren Triumphzug durch ganz Europa. Aber mit der wirtschaftlichen Umstellung rechtfertigt Amerikanisierung unserer Wirtschaft allein ist es m. E. nicht getan. Jede Neuordnung der Dinge muss eine vergebliche Arbeit sein und bleiben, wenn sie nicht von einer geistigen und sozialen Umstellung oder Neuordnung im Sinne eines besseren Verständnisses für die Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft begleitet ist. Davon kann aber gerade in der heutigen Zeit keine Rede sein. Es ist auch nicht das geringste hierzu zu spüren, denn trotz der großen Not und dem durchschlagenden Elend gerade in den Schichten unserer deutschen Arbeitnehmerschaft erkennt aus den Kreisen der Unternehmer immer lauter der Ruf: „Mehr Arbeit, niedrighaltung der Löhne, trock angiebender Preise, Arbeitszeitverkürzung, Verstellung vom Tarifzwang, Beseitigung des sozialen Schlittschuwesens, Beseitigung des Arbeits- und Volkswohlfahrtministeriums, Abschaffung der Betriebs- und gewerkschaftlichen Vertretung, radikaler Abbau der Sozialversicherung.“ Die Wirtschaft soll oberstes Prinzip und der Mensch als solcher ihr untergeordnet werden.

Die logische Folgerung hierauf muss ganz selbstverständlich sein: ein Arbeitssklaventum in den Worten schlimmster Bedeutung und noch stärkerer Verminderung der ohnehin schon wesentlich herabgesetzten Lebenshaltungsmöglichkeiten weiterer Schichten unseres Volkes. Dass sich diese Dinge einmal ganz ungeheuerlich an der Arbeitskraft des deutschen Volkes rächen müssen, ist für jeden vernünftig und logisch denkenden Menschen eine Selbstverständlichkeit. Man soll doch einmal hinzuholen in die Wohnungen des Proletariats, der Arbeitnehmerschaft, und sich überzeugen davon, wie es dort aussieht und zugeht. Die Statistiken, die von Reich und Staaten in den letzten Jahren der Deutschen Reich zugänglich gemacht wurden, beweisen doch aufschlussreich das riesenhafte Elend die

furchtbare Not, die gerade in Arbeitnehmerkreisen vorherrscht, und trotzdem sind es nur immer Bruchteile der Wirklichkeit, die von den Statistiken ersichtlich werden. Das erschreckliche Anschwellen der Selbstmorde, das Anwachsen der Sterblichkeitsziffern, das überhandnehmen der Tuberkulose usw. reden doch eine Sprache, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt.

Man sollte nun glauben, dass alle diese Dinge dazu angehalten wären, auch dem Kürzesten die Augen zu öffnen, und zwar je eher, um so besser. Jede Arbeit, die im Interesse des Friedens unter den Bürgern geleistet wird, bleibt nur halb Arbeit, wenn nicht zugleich mit ihr die Friedensarbeit im eigenen Volke, der Gedanke der Aussöhnung der einzelnen Volkschichten miteinander geleistet wird. Dies kann aber nur gelingen, wenn sich jeder Stand im Volke bewußt ist, dass auch die Arbeitnehmerschaft ein Recht auf eine menschenwürdige Lebenshaltung hat, und die zu nur derjenige erneut kann, der selbst auf dem Boden einer wahren christlichen, städtischen und sozialen Lebensausstattung steht.

Nach all dem, was wir in den hinter uns liegenden Jahren gesehen und erlebt haben, steht wohl zwieselig fest, dass wir nach Abschluss des Weltkrieges in Europa eine politische Revolution erlebt haben, die sich nur in Deutschland und den östlich gelegenen Reichen von uns gewaltig ausgewirkt hat, während in den westlich von uns gelegenen Ländern die Revolution mehr auf geistigem Gebiet erfolgte. Wenn man die Zeichen der Zeit versteht will und nicht alles trifft, so scheint sich langsam, aber sicher, bei uns eine „soziale Revolution“ vorzubreiten. Wie manches im Gelohe haben kann, was einem Teil unserer Volksgenossen später unendlich leid tun dürfte.

Wir können heute und in den kommenden Monaten alles tun, um diese Dinge abzuwehren, wenn nur in allen Kreisen der gut Wille hierfür vorhanden wäre, in einem Jahre könnte es bei der gegebenen Entwicklung der Verhältnisse sicher dazu zu führen sein. Deshalb nicht einseitig, rigorose Rücksichtlosigkeit bis zum äußersten, sondern gegenständige Verständigung auf allen Gebieten des menschlichen Lebens. Das soll die Parole für die Zukunft sein. Wir Arbeitnehmerwähler der Zentrumsparcie sind bereit und gewillt dazu, wer schlägt in unsere Hand ein??

Das unzureichende Wohnungsbauprogramm

Brenkens

Der preußische Minister für Volkswohlfahrt hielt vor dieser Tage vor den Führern der christlichen Gewerkschaften über das Wohnungsbauprogramm. Die Angaben, die darin über das größte der deutschen Länder gemacht werden, beanspruchen auch bei uns Interesse. Er führt etwa folgendes aus:

„Seit Einführung der festen Währung ist der Staat bemüht, die Neubaufähigkeit durch Förderung sogenannter Haushaltungssteuerhypotheken zu fördern. Die Mittel für diese Zwecke werden aus den Erträgen der sogenannten Haushaltungssteuer gewonnen, deren Erhebung durch die dritte Steuernotverordnung des Reiches vom Februar 1924 den Ländern zur Pflicht gemacht worden ist. Als das Haushaltsjahr 1925 wurde an Haushaltungssteuer in Preußen erhoben 28 v. H. der Friedensmiete, die zur einen Hälfte zur Förderung der Neubaufähigkeit, zur anderen zur Deckung der durch die dritte Steuernotverordnung notwendig gewordenen Ausgaben, insbesondere für die Ausgaben der Wohlfahrtspflege verwendet werden. Sie für die Förderung des Wohnungsbaus verfügbaren 14 v. H. stellen einen Betrag von rund 865 bis 875 Millionen Mark dar. Nach Abrechnung derjenigen Beträge, die bei dem Mangel an anderen Staatsmitteln für gewisse indirekte Wohnungszwecke verwendet werden mussten (Arbeitgeberdarlehen, landwirtschaftliche Arbeiter, Flüchtlingsfürsorge, Mittel für die Wohlfahrtsvergabegesellschaften sowie für die Landesbrandstelle), verbleben für die unmittelbare Förderung des Wohnungsbauzes durch Vergabe von Haushaltungssteuerhypotheken noch etwa 325 Millionen Mark. Unter Hinzurechnung der im Vorjahr begonnenen, aber erst im laufenden Baujahr fertigstellten Neubauten werden im Jahre 1926 gegen 70 000 Wohnungen mit öffentlichen Mitteln erstellt sein. Außerdem sind noch eine beträchtliche Anzahl neuer Wohnungen auf privater Initiative ohne jedwede Finanzierung öffentlicher Gewerber errichtet worden.

Demgegenüber steht nun der tatsächliche Wohnungsbedarf. Unter Berücksichtigung des durch die ungünstige Baufähigkeit während der letzten 10 Jahre entstandenen Ausfalls berechnet man, dass zur Errichtung eines einzigermaßen normalen Wohnungsmarktes in den nächsten 7 Jahren im Reich insgesamt etwa 1,6 Millionen neue Wohnungen erreicht werden müssten, oder auf das Jahr umgerechnet, rund 225 000 Wohnungen im Reich, d. h. in Preußen etwa 180 000 bis 150 000 Wohnungen.

In den Beschlüssen des Ausschusses des preußischen Landtages für Wohnung- und Heimstättewesen wird die Auffüllung eines Wohnungsbauprogrammes als notwendig bezeichnet, das eine Beseitigung der Wohnungsnote im Laufe von etwa 10 Jahren anstrebt. Und es wird demgemäß für Preußen vom Jahre 1926 ab die Errichtung von mindestens 100 000 Neuwohnungen mit öffentlichen Mitteln verlangt.

Gegenüber dieser Forderung des Landtages würde das Baujahr 1926 bereits einen Gehalt betragen aufweisen, doch werden die Aussichten für die kommende Bauperiode des Jahres 1927 noch schlechter, falls der Gesetzentwurf zur Annahme gelangen sollte, der gegenwärtig dem Landtag bzw. dem Staatsrat zur Beschlussfassung vorliegt und durch den die zurzeit als Haushaltungssteuer bezeichnete Geldentwertungsausgleichssteuer auf eine andere Grundlage gestellt werden soll! Unter der Voraussetzung, dass die Miete gemäß den reichsgesetzlichen Bestimmungen vom 1. April ab auf 100 v. H. der Friedensmiete erhöht wird, soll eine Steuer in Höhe von 40 v. H. der Friedensmiete erhoben werden. Man diesen 40 v. H. soll ein Netto von

16 v. H. für die Ausgaben auf dem Gebiet des Wohnungsbaus zur Verfügung gestellt werden. Die in der Begründung zu diesem Gesetzentwurf niedergelegten Berechnungen lassen erkennen, dass der auf 16 v. H. festgesetzte Betrag, der zur Förderung der Ausgaben des Wohnungswesens dienen soll, zahlenmäßig noch hinter dem zurückbleibt, was für die Unterstützung der Neubaufähigkeit im Jahre 1925 zur Verfügung stand.

Denn bei der Veranlagung der Steuer soll künftig das Eigenkapital der Haushaltungssteuer stärker als bisher berücksichtigt werden. Wenn dieser Mindervertrag nach der Begründung aus nur auf 12 Millionen geschätzt wird, so darf dabei nicht außer acht gelassen werden, dass in Ausführung des Reichsgesetzes künftig aus den öffentlichen Haushaltungssteuerhypotheken zur Förderung der Neubauten auch Beihilfen zur Wiederinstandsetzung von Altbauten, sogenannte Reparaturhypotheken gegeben und mit 20 Millionen Mark Wiedergutschäden eingehängt werden müssen, und infolgedessen der Betrag zur Förderung der Neubaufähigkeit, der für 1926 zur Verfügung steht, nicht unerheblich hinter dem von 1925 zurückbleibt. Da schon die vorsährigen Mittel sich als völlig ungereicht erwiesen haben, werden die vermisserten Einnahmen an Haushaltungssteuer, die für 1926 zu erwarten sind und sich schätzungsweise auf etwa 350 Millionen Mark belaufen, für die Ausgaben des Wohnungsbauwesens nicht ausreichen, da für die Gewährung von öffentlichen Haushaltungssteuerhypotheken ein Beitrag von rund 280 Millionen Mark verbleibt. Dieser Betrag bleibt nicht zahlenmäßig gegen den im Vorjahr zurück, sondern auch im Effekt bedeutet er sehr viel weniger, weil nach den Beschlüssen des Landtages auf Grund der Verordnung vom 29. Juni 1925 jetzt für Kindererziehungs- und Schwerkrankenbedarf höhere Beihilfen zu gewähren sind, die bis zur Höhe der Gesamtkosten geben können. Mit Hilfe der öffentlichen Mittel werden bestensfalls nach der neuen Vorlage im Jahre 1926 etwa 40 000 bis 50 000 neue Wohnungen fertiggestellt werden können. Auf die private Baufähigkeit wird im Jahre 1926 überhaupt bei der Kreditnot nicht zu rechnen sein. Es ist fraglich, ob es möglich sein wird, die ersten Hypotheken und die restlichen Baufosten für 40 000 bis 50 000 Wohnungen im Jahre 1926 überhaupt noch aufzutreiben.

Die genannten Ziffern bedeuten, dass einmal im neuen Jahre ein neuer Ausfall an Wohnungen entsteht, durch den die Zahl der Wohnungslösen abermals um 100 000 vermehrt wird, das weiter durch die vermehrte Förderung der Neubaufähigkeit etwa 30 v. H. der Bauarbeiter beschäftigungslos sein werden und endlich, dass durch die weitere Vermehrung der Wohnungslösen die dringend zu wünschende und ersehnte Aufhebung der Wohnungswandelschaft abermals auf unablässbare Zeit verzögert wird.

Es erweist sich also, dass die Beträge viel zu geringfügig sind, die bisher für die Lösung jener brennenden sozialen Aufgabe aufgeworfen wurden, die uns in der Bekämpfung der Wohnungsnote gestellt sind. Es müsste mindestens unter Staatspolitik zu den großen Wirtschaftsfragen, die uns heute bedrängen, und von denen die Wohnungsnote ja nur einen bestimmten, wenn auch sehr wesentlichen Abschnitt bildet, grundsätzlich anders eingesetzt werden. Eine Billigung des Staates von Reich, Staat und Gemeinde würde Sicherlich bei vielen Positionen die Möglichkeit einer vorläufigen Beschränkung der Ausgaben erweisen und beschleunigen. Besitztigt wird im Jahre 1926 überhaupt noch aufzutreiben werden muss.

Zur Befreiung der Künstler

Auf Vorstellungen vom Preußischen Kultusministerium, das vom Landtag warm unterstützt wurde, ist nunmehr vom preußischen Finanzminister ein einmaliger Betrag von 50000 Mark zur Unterstützung der leidenden Künstler bewilligt worden. Bayern ist bereits in dieser Frage vorausgegangen. Es hat eine Darleistung für seine Künstler erledigt und mit 100 000 Mark dotiert. Dieses Darlehen wird unter der Aufsicht des Staates von der bayerischen Landesorganisation der bildenden Künstler verwaltet. Die Darlehen sind vorzuhaben und müssen allerdings, was sehr erstaunlich wirkt, durch Pläne der geachtet sein, die nicht den eigenen Werten des Künstlers entsprechen dürfen.

Die preußische Unterstützung erfreut sich natürlich nur auf preußische Künstler und ist in der Handhabung insofern weitgehender, als nicht unter allen Umständen ein Pfand gestellt zu werden braucht. Bei der Verteilung der Summe wird nicht allein die Bedürftigkeit, sondern auch die Qualität der Leistungen berücksichtigt werden müssen. Deshalb ist das zur Verteilung berufene Gremium mit Vertretern aus allen Kunstrichtungen besetzt worden, um hier tatsächlich eine unparteiische Beurteilung der Leistungen zu sichern. Allzuviel werden dem einzelnen auch aus diesen 500 000 Mark nicht zuliegen, wenn man bedenkt, dass dem preußischen Wirtschaftsverbande der bildenden Künstler 8000 Mitglieder angehören, von denen immer 5000 Mitglieder von dieser Unterstützung Gebrauch machen dürfen.

Die christliche Arbeitnehmerbewegung in Österreich

Sobald ist das Jahrbuch der christlichen Arbeitnehmer Österreich erschienen. Danach zählte die Zentralorganisation der christlichen Gewerkschaften Österreich am 31. Dezember 1924 26 Verbände mit 80 128 Mitgliedern. Von diesen entfallen auf Wien 41 157, auf Niederösterreich 11 795, Oberösterreich 9498, Salzburg 2214, Steiermark 4169, Kärnten 982, Tirol 4982, Vorarlberg 4803, Burgenland 1129. Den stärksten Mitgliedsbestand hat der Eisenbahnerverband, der bereits 10 Jahre besteht, während die Gewerkschaft der Feinseure die wenigsten Mitglieder hat.

Der Reichsverband der katholischen Arbeitervereine hat in seinen fünf Landesverbänden und 187 Ortsvereinen 16 248 Mitglieder. Die 1700 Mitglieder des Verbandes der Salzburger Arbeitervereine sind dem südbayrischen Verband angegeschlossen. In den 61 Gelehrtenvereinen sind 2527 Mitglieder. Eine gute Entwicklung weist der Reichsbund der katholischen Jugend Österreichs auf, der sich zur christlichen Arbeitnehmerbewegung zählt. Die 690 berichtenden Vereine hatten 31 404 Mitglieder. Von ihnen ist der Österreichische Verband der Gewerkschaften mit 6812 Mitgliedern.

Ein hühnes Experiment

Start eines Aeroplans von einem Luftschiff

Ein ungemein hühnes Experiment wurde kürzlich am Flugplatz in Pulham in der englischen Grafschaft Norfolk gemacht. Es handelte sich um nichts weniger, als einen leichten, mit einem Piloten besetzten Aeroplan von einem in Zahl befindlichen Luftschiffe starten und wieder auf dem Luftschiff, oder, besser gesagt, unter demselben „landen“ zu lassen. Als Mutter-schiff für dieses Manöver hatte man den bekannten „R. 33“ erhalten, einen Zeppelin, der schon einmal im verflossenen Jahre viel von sich reden machte, als er unfreiwillig (er war durch Sturm von seinem Ankermast losgerissen worden) eine hühne Fahrt vollführte und dank einer energischen und zielbewussten Führung wieder unversehrt seinen Flughafen erreichte.

Um einen dreirädrigen Start eines Aeroplans ausführen zu können, müssen an dem Luftschiff einige Hilfskonstruktionen angebracht werden, die in erster Linie aus einer starken Säule bestehen, die am Boden des Luftschiffes angebracht, und einem transversalen Gerüst aus Stahlrohren, das an dieser befestigt ist. Mittels einer eigens konstruierten Klemmvorrichtung ist es nun möglich, den Aeroplan an dem Stahlgerüst fest zu verankern und die Klemmbänder durch eine zum Pilotensitz des Aeroplans reichende Leitung an lösen. Vom Körper des Luftschiffes führt eine kleine Leiter zum Pilotensitz hinab. — Ein paar Minuten vor dem beobachteten Manöver kletterte der Pilot R. Haig vom Luftschiff aus über die kleine Leiter in den Aeroplan und nahm auf seinem Fahrersitz Platz. Mit drei seiner vier Motoren fuhr der „R. 33“ bei ungemein stürziger Lust dahin und hatte bereits eine Höhe von viertausend Fuß über dem Flugplatz erreicht, als die drei Maschinen gelöscht wurden und durch einen heftigen Druck der Pilot seinen Apparat aus den Klemmbänder löste und gleichzeitig den Motor ansetzen ließ. Zuerst stach der Aeroplan ein Stück rasch in die Tiefe, um aber sofort wieder aufzusteigen, und nun machte Luftschiff und Aeroplan einige wunderbare ausgeführte Manöver, wobei sie manchmal in gleicher Höhe rasant dahinliefen, oder der Aeroplan das Luftschiff überstieg, um gleich darauf unter diesem zu passieren. Über eine Viertelstunde hatten diese Flugmanöver gedauert, als durch ein verabredetes Zeichen der Pilot bekanntgab, dass er wieder am Luftschiff „landen“ wolle. In langsamem Fahrt zog dieses dahin und ebenso langsam stieg der Aeroplan gegen die Unterseite des „R. 33“, um sich wieder in dem trapezartigen Gerüst zu verankern. Sei es nun, dass gerade eine Böe zinsel, oder der Pilot seinen Motor nicht rechtzeitig abstellte, plötzlich wurde der Aeroplan an die Unterseite des Luftschiffes gedrückt und splitternd fielen Teile der Propellerschraube des Aeroplans zur Erde. Gleichzeitig stellte sich auch leichter in befremdlicher Art nach abwärts und schlingerte in bedenklicher Weise. Geistesgegenwärtig löste rasch durch Tastendruck der Pilot die Klemmbänder, und der Aeroplan glitt in raschem Gleitfluge nach einigen bangen Minuten zur Erde. Bald darauf folgte auch der „R. 33“ und landete im Aerodrom zu Pulham.

Vor allem hatte dieses Luftmanöver einen ausgesprochen militärischen Zweck. Es soll die Möglichkeit gegenüber sein, von einem Mutter-schiff aus kleinere Flugzeugeinheiten einem nahenden Gegner an den Leib zu senden, wobei man vom Luftschiff aus durch starkes Geschütz noch Schüsse leisten kann, aber auch für den Passagierdienst hofft man Verwendungsmöglichkeiten zu erlangen, dergestalt, dass ein Luftschiff, gewissermaßen eine Eislaufstrecke, an bestimmten Orten Passagiere und Postsendungen, sowie Warenmengen abschlägt und daher nicht nötig hat, deswegen eine zeltähnende Landung vorzunehmen.

Literarische Gedenktage 1926

Wie in musikalischer Beziehung, so bringt das neue Jahr auch in literarischer Beziehung eine stattliche Reihe von Gedenktagen. Am 19. Januar werden wir uns daran erinnern, dass vor 350 Jahren der Nürnberger Schuhmacher und Meistersinger Hans Sachs das Zeitliche segnete. Vor 250 Jahren verschied am 7. Juni der bekannte Dichter geistlicher Lieder Paul Gerhardt und am 17. August Christoph von Grimmelshausen, der Verfasser des Simplicissimus, der in diesem Roman ausgezeichnete Sittenbilder aus dem 17. Jahrhundert hinterlassen hat. Am 1. September vergehen seit dem Tode des liebenswürdigen Hainbunddichters Ludwig Heinrich Christoph Höltz 150 Jahre. Der 25. März bringt den 125. Todestag Friedrich von Hardenbergs, des unter dem Namen Novello allgemein bekannten gebürtigen Romantikers. Am 14. Februar ist es 100 Jahre her, dass der Weimarer Dichter und Menschenfreund Johannes Wolf das Zeitliche segnete. Vor 100 Jahren am 20. März verschied Johann Heinrich Voß, der Uebersetzer homerischer und anderer klassischer Dichtungen, der uns in seiner „Ulysse“ eine liebliche Idylle hinterließ. Im gleichen Jahre (1826) am 22. September starb Heinrich Peter Hebel, der alemannische Dialektdichter und Meister der Volkszählung. Heinrich Heine, der Lyriker und spottlustige Satiriker deutschen Wesens endete seine Zeitlichkeit am 17. Februar vor 70 Jahren, Friedrich Rückert vor 60 Jahren am 31. Januar und Ferdinand Freiligrath vor 50 Jahren am 18. März. Auch fällt in das neue Jahr der 50. Todestag Karl Joseph Simrock, des Wiederentdeckers altdeutlicher Dichterwerke (18. Juli). Auf den 9. April fällt der 40. Todestag Viktor Scheffels, dessen feuchtföhliche Lieder heute noch in studentischen Kreisen beliebt sind und dessen Roman Ekkehardt der Literatur angehört, dessen Trompeter von Säckingen in gutem Andenken bei vielen steht. Der große nordische Dramatiker Henrik Ibsen hat am 23. Mai seinen 20. Todestag. Gustav Falke seinen 10. am 23. Mai und Marie Ebner von Eichenbach am 12. März, 5 Jahre sind vergangen seit dem Hinscheiden des Dramatikers Karl Hauptmann (3. Februar) und des auch literarisch tätig gewesenen Malers Ludwig Thoma (28. August). Den 150. Geburtstag Johann Heinrich Voß können wir am 20. Februar feiern, den 150. des phantastischen Romantikers E. T. A. Hoffmann (am 24. Januar). Vor allem werden wir uns am 25. Januar des großen katholischen Schriftstellers und Publizisten Josef Görres erinnern, der vor 150 Jahren das Licht der Welt erblickte und

dessen Name weiterlebt in der Görresgesellschaft und ihren Veröffentlichungen. Zwei schwäbische Dichter haben ihren 140. Geburtstag am 18. Dezember, Justinus Kerner, der Weise von Weinsberg, und Karl Friedrich Hartmann Mayer am 22. März. An vier Dichter wird uns die 125. Wiederkehr ihres Geburtstages erinnern, an den Dramatiker Grebe (11. Dezember), den Märchendichter und Herausgeber mittelalterlicher Dichtungen und Sagen Ludwig Beckstein (14. November), den geistlichen Dichters Philipp Spitta (1. August) und an Bogumil Voß, den humoristischen und moral-philosophischen Schriftsteller (20. März). 100 Jahre sind am 16. Februar verlossen seit der Geburt Victor von Scheffels, und am 5. September 90 Jahre, seit der warmherzige Wiener Schriftsteller und Dichter von Zauberpielen Arnold Raimund auf die Welt kam. Seinen 80. Geburtstag könnte am 5. April Georg Conrad, der Vorhängemaler des naturalistischen Romans in Deutschland feiern. Am 20. Dezember vergehen 70 Jahre seit der Geburt von Ferdinand Antonius, der den „Kunstwart“ begründete und durch seine Schriften viel zur ästhetischen Erziehung des deutschen Volkes beitrug. Ihnen 50. Geburtstag können begehen: Herbert Eulerberg (25. Dezember), Wilhelm Schmidtboni (10. Februar), Elie Posser-Schiller (11. Februar) und Ludwig Rinck (21. März). Ihnen schließen sich an Ernst Hardt, der Intendant des Kölner Schauspielhauses (10. Mai), Oskar Kokoschka, der Maler und Dramatiker (1. März) und Albert Ehrenstein, der Lyriker (23. Dezember), Altvater der (5. Juni). Von katholischen Schriftstellern sind vor 50 Jahren geboren: Franz Albert (11. August), Dr. Hubert Vollmer (21. August), Otto Hartmann (8. September), Anton Mögeli (15. Januar), Karl Conto Scapinelli (17. April), Friedrich Schare (10. November).

M. H.-h.

Wollenstrand (Wollvereins-W.) zu München-Gladbach. Mit den ersten Seiten einer Sammlung steht hier und geistlicher Muß kommt der Verlag dem ehrwürdigen Willen nach, in der öffen zutage liegenden künstlerischen Verarbeitung der Kirchenmusiklichen Produktion, wertvolle Werke zu betreuen. In einer neu herausgeholten Kompositionssammlung zeigen sich sehr starke, von innen kommende Regungen zur Kirchenmusik, die eine starke Muß mit reizvollm Altbild zu vereinigen sucht. Für dieses Neue will der Verlag etwas wegen und kostet in einer Sammlung zusammen zu bringen, die eine charakteristische Linie aufweist und für die Zukunft eine starke Stütze entfaltet. In der Sammlung soll wieder naive und unbekümmerte Kirchenmusik erscheinen. Neben dem Neuen soll auch das gute alte in guten Neuauflagen erscheinen. Vermischlich das 17. und 18. Jahrhundert soll zu seinem Rechte kommen. Der Weihnachtszeit kommt die Sammlung mit einer Weihnachtsmeile für vierstimmigen gesungenen Chor von Heinrich Demolder und „Reisone“, einer Sammlung von 36 alten deutschen Weihnachtsliedern im Sahe zu vier gemischten Stimmen von Johannes Haydn entgegen. Der Preis jedes Heftes (2. und 4.) beträgt 2,50 Mark, die Chorstimmen je 0,70 Mark. —

Hauskirchenleitung: Dr. Joseph Weber.
Beruflieblich ist Walli und Müller, Dr. Joseph Weber, im Standort Segenwall, Reichsstadt und katholische Angehörigenweg 24, mit Hilfe des politischen Nachwuchses, Gemüse und Obstsorten und bei sonstigen Zeitteil: Dr. Oberholz, Postamt für Augsburg; Hotel Sommer, nämlich in Dresden. Im Amb

Woll-Woche

11.-18. Jan.

Strickwollen zu besonders billigen Ausnahme-Preisen

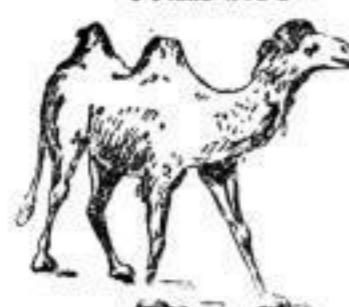
Nur erste — bewährte — Marken großer deutscher Spinnereien gelangen zum Verkauf — **Im Pfund besondere Ermäßigung!**

Schweißwollen nicht einlaufend

Die Garne werden nach jeder Wäsche weicher, aber nicht filzig

Grünband

4fach, schwarz und grau
1/2 Pfund 1.20.
1 Pfund 5.50.



Violettblatt

4fach, für Socken, schwarz und grau
1/2 Pfund 1.50.
1 Pfund 7.00.

Rotband

4fach, schwarz, grau, natur
1/2 Pfund 1.50.
1 Pfund 7.00.

Blauband

4fach, fein, schwarz, grau, natur
1/2 Pfund 1.85.
1 Pfund 8.75.



Kamelwollen

Bester Schutz gegen Gicht und Rheumatismus

Braunschild Kg.	Rotschild Kg.	Kamelhar Kg.	Echt Englisch	Kamel Kg.	Reklamemarken
D.	D.	D.	Kamelhar	0.85.	3.90.
1/2 Pfund 1.15. 1 Pfund 5.25.	1.50. 7.00.	1.75. 8.50.	2.10. 10.00.		

Extra-Posten → ← da stark herabgesetzt, nur von 1 Pfund an

Rölkreuz
schwarz und grau
Pfund 3.65.

Selmarin
grau
Pfund 3.95.

Super Prima (Rotwein)
schwarz
Pfund 4.25.

Schweiß-Söldenwolle
nur schwarz, extra weich
Pfund 5.50.

Prima Kamelhaarwolle
„Goldflocken“, extra weich
Pfund 7.50.

Zephirwollen

Schaf
1/2 Pf., 100 Gramm 1.25.

Teka
1.35.

Fuldania
1.60.

Schwansport
1.80.

Radio-Decken
2.00.

Fichu
2.50.

Schwarzband
50 Gramm 1.15.

Taubenmarke
50 Gramm 1.25.

10-m-Docken
0.10.

10-Gramm-Lagen
0.25.

Für alle Sorten ab 1 Kilo für Händler und Häkeliereibetriebe Extra-Vorzugspreise

Strumpfhaus Günther

Keine Filiale

DRESDEN, Ecke Seestraße, Breite Straße 2

Keine Filiale